

FINANZKRISE

10 Jahre danach: Welche Spuren hat die Krise in der Schweiz hinterlassen? **4**

Gerechtigkeit: Ein fiktiver Gerichtsprozess zieht Banken zur Verantwortung. **7**

Reformen: Was sich ändern muss, damit das Finanzsystem nachhaltig wird. **9, 12 und 24**

Magazin für Geld und Geist

moneta

#3
2018



DIE FINANZKRISE WIRKT BIS HEUTE NACH



Zehn Jahre sind vergangen, seit die Finanzkrise in der Schweiz mit dem Beinahekollaps der UBS ihren Höhepunkt erreichte. Ein guter Moment, um nach den langfristigen sozialen und ökonomischen Konsequenzen zu fragen: Esther Banz hat Expertinnen und Experten aus verschiede-

nen Fachbereichen um eine Einschätzung gebeten. Sie zeigt auf, wie die Finanzkrise die Schweiz verändert hat.

Und der Finanzsektor? Hat er sich auch verändert? Ist er stabiler, gar nachhaltiger geworden? Mit einem ausschliesslichen Fokus auf die Schweiz lässt sich das nicht beantworten. Die Finanzkrise und die Verflechtungen der Branche waren und sind global. Deshalb lassen wir in dieser moneta Finanzfachleute mit internationalem Fokus zu Wort kommen: Die US-amerikanische Professorin Anat Admati plädiert für eine markante Erhöhung der Eigenmittel für Banken, der britische Finanzspezialist James Vaccaro hat ein White Paper mit elf Reformvorschlägen für die europäische Finanzindustrie mitverfasst und die NGO Finance Watch wirkt in Brüssel als Gegenlobby zur Bankenlobby. Diese engagierten Expertinnen und Experten verbindet ein Ziel: die Finanzindustrie so umzugestalten, dass sie der Wirtschaft und der Gesellschaft dient und deren nachhaltige Entwicklung ermöglicht.

Unser Ziel ist, Sie, liebe Leserinnen und Leser, über solche finanz- und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge zu informieren, und zwar in ansprechender Form. Wir haben darum die visuelle Gestaltung der moneta etwas erneuert: Nebst dem Titelblatt und typografischen Auffrischungen betrifft dies vor allem die Bebilderung der Artikel. Ab sofort bereichert die freischaffende Illustratorin Claudine Etter unser jeweiliges Schwerpunktthema mit ihren Zeichnungen. Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen mit unserer neu gestalteten moneta.

Katharina Wehrli, Redaktionsleiterin

FINANZKRISE

- 4 Grippe oder chronische Krankheit?
- 7 Ein Film für die Gerechtigkeit
- 9 Am Wendepunkt
- 12 Die Gegenlobby
- 14 Auf ins Abenteuer!

DIE SEITEN DER ABS

- 17 Alles rund um die aktuellen Themen der Alternativen Bank Schweiz

PERSÖNLICH

- 24 Anat Admati: Keine Vorzugsbehandlung für Banken

moneta #3-2018

Magazin für Geld und Geist

moneta erscheint vierteljährlich in deutscher und französischer Sprache und geht kostenlos an Kundinnen und Kunden der Alternativen Bank Schweiz AG (ABS). Die Wiedergabe von Texten und eigenen Illustrationen ist nur unter Quellenangabe und mit schriftlicher Zustimmung der Redaktion erlaubt.

Herausgeberin Alternative Bank Schweiz AG

Redaktionsleitung Katharina Wehrli (kw)

Redaktion Esther Banz (eb), Roland Fischer (rf), Muriel Raemy (mr), Simon Rindlisbacher (sr)

Übersetzung Nicole Wulf

Inserate Bruno Bisang

Layout Clerici Partner Design, Zürich

Illustrationen Claudine Etter

Druck Ropress Genossenschaft, Zürich

Papier Cyclus Print, 100 Prozent Recycling

Adresse Alternative Bank Schweiz AG, moneta,

Amthausquai 21, Postfach, 4601 Olten,

Telefon 062 206 16 16, moneta@abs.ch

Abonnemente Jahresabonnement Fr. 20.–,

Förderabonnement Fr. 50.–

Auflage dieser Ausgabe 24 300 Ex.

Beilagen Werbung und Beilagen, die nicht von der ABS stammen, sind bezahlte Inserate – diese Einnahmen helfen uns, die Produktionskosten des Magazins zu decken.

Wichtiger Hinweis zu den Inseraten und Beilagen Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

Wenn Sie als Bankkundin/-kunde umziehen, melden Sie uns Ihre neue Adresse bitte schriftlich oder via E-Banking-System.

Die Krise ist nicht vorbei

Marc Chesney, Finanzwissenschaftler und Direktor des Instituts für Banking und Finance der Universität Zürich, zeigt in seinem neuen Buch «La crise permanente» die Künstlichkeit des derzeitigen Wachstums auf. Seiner Ansicht nach beruht der Aufschwung hauptsächlich auf der explosionsartig steigenden globalen Verschuldung. Er beobachtet in den westlichen Wirtschaften eine flächendeckende Verarmung, während das Finanzsystem falsche Anreize setzt und die hemmungslose Jagd auf Renditen fördert – obwohl dies nicht nur Unternehmen, sondern ganze Länder in den Ruin treiben kann. Die Staaten, die sich dem Diktat der Finanzlobby unterwerfen, sind in Chesneys Augen deren Komplizen. Als Medizin für das kranke System schlägt er die Gründung von kleineren Banken vor, die in der Lage sind, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Diese könnten auch Bankrott machen, wenn sich ihre Strategie als zu risikoreich erweist. Denn es ist der Systemcharakter der Grossbanken, der die Regierungen dazu bewegt, die Kosten von Banken-Rettungen auf die Steuerzahler abzuwälzen. Und dieses Geld fehlt dann in den öffentlichen Budgets für Bildung, Forschung und Gesundheit. (mr)

Marc Chesney, *La crise permanente: l'oligarchie financière et l'échec de la démocratie*, Presses polytechniques et universitaires romandes, 2018.

Die deutsche Ausgabe des Buches erscheint im November 2018 unter dem Titel «Die permanente Krise» im Versus Verlag, Zürich.

GABV knackt die 50er-Marke

Die Global Alliance for Banking on Values, zu deren Gründungsmitgliedern die ABS gehört, hat bei der Anzahl Mitglieder die 50er-Marke geknackt. Das unabhängige Netzwerk von nachhaltigen Banken und Bankengenossenschaften hat im Juli sieben neue Mitglieder aufgenommen und besteht neu aus 54 Mitgliedern und 10 unterstützenden Partnern. Diese sind in Ländern in Asien, Afrika, Australien, Süd- und Nordamerika und Europa tätig. Gemeinsam betreuen sie fast 50 Millionen Kunden, verwalten über 163 Milliarden US-Dollar an Kundengeldern und beschäftigen knapp 60 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. (sr)

Neue Whistleblower-Plattform

Wer gewichtige Missstände aufdeckt und sie via Medien publik macht, tut dies idealerweise anonym. Denn sogenannte Whistleblower sind in der Schweiz schlecht geschützt. Auch deshalb hat die links-grüne Kampagnenorganisation Campax unter Leitung von Andreas Freimüller die Online-Plattform Swiss Leaks initiiert. Hier kann jeder Informationen und Dokumente verschlüsselt und anonym übermitteln. Das Projekt läuft seit Juli und befindet sich finanziell noch im Aufbau. Meldungen seien aber bereits etliche eingegangen. Noch bevor dieses Magazin erscheint, könnte die erste Enthüllung publik werden, im September der nächste Fall, sagt Freimüller, «beides Wirtschaftsdelikte».

Swiss Leaks werde mit verschiedenen Medien zusammenarbeiten – und zu anderen Mitteln greifen: «Weil wir nicht Journalisten sind, sondern Campaigner, kann das je nach Fall auch mal eine Mahnwache sein, ein koordinierter Briefprotest oder ein gesetzgeberischer Vorstoss.»

Über dreissig Freiwillige, unter ihnen der bekannte Offshore-Banking-Enthüller Rudolf Elmer, prüfen die Einsendungen. Ausser ihm bleiben alle Freiwilligen aus Sicherheitsgründen anonym. Ob das notwendig und dem Vertrauen dienlich ist, wird sich zeigen. (eb)

swiss-leaks.net

Elf Empfehlungen für eine nachhaltige Schweiz

Die Uno-Agenda 2030 und die darin enthaltenen siebzehn Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) wurden 2015 von der Uno-Vollversammlung verabschiedet und als neuer, universeller Referenzrahmen von allen Staaten anerkannt. Mitte Juli dieses Jahres präsentierte der Bundesrat vor den Vereinten Nationen in New York seinen Länderbericht zum Stand der Umsetzung der Agenda 2030 in der Schweiz. Die zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030 – eine Koalition aus vierzig Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Umwelt, Frieden, Menschenrechte, Gesundheit, nachhaltiges Wirtschaften und Gewerkschaften – hält den Bericht des Bundesrates für sehr lückenhaft und zu optimistisch. Deshalb hat die Plattform unter dem Titel «Wie nachhaltig ist die Schweiz?» ihren eigenen Bericht veröffentlicht. Dieser erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, möchte der Schweizer Öffentlichkeit aber eine kritischere Sichtweise vermitteln.

Der Gegenbericht zeigt die Lücken auf, die zur Umsetzung der SDGs geschlossen werden müssten, und definiert elf Empfehlungen für die Schweiz. Im Fokus stehen beispielsweise die Reduktion des ökologischen Fussabdrucks oder die globale Verantwortung des Finanzplatzes Schweiz. Die Plattform empfiehlt, dass die Schweiz alle ihre Strategien konsequent an der Agenda 2030 ausrichtet. Überall, wo noch Lücken aufgedeckt wurden, müssen die notwendigen Massnahmen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen ergriffen werden – so fehlt beispielsweise eine nationale Strategie im Kampf gegen die Armut oder eine Strategie zur umfassenden Umsetzung der Uno-Behindertenrechtskonvention. Der Bund muss auch existierende Strategien wie jene zur Biodiversität fristgerecht und konsequent umsetzen. In den Budgetprozessen soll er insbesondere berücksichtigen, inwiefern ein Aufgabenbereich die Ziele der Agenda 2030 fördert beziehungsweise behindert. Auch die Sensibilisierung und Bildung gehören zu seinen Aufgaben. Hier erschwert die Struktur der sieben Departemente die Aufgabe. Die Plattform Agenda 2030 empfiehlt daher, eine unabhängige, zentrale und departementsübergreifende Einheit als Ansprechstelle für öffentliche und private Akteurinnen und Akteure zu schaffen. (mr)

Der Bericht «Wie nachhaltig ist die Schweiz?» ist online in Deutsch, Französisch und Englisch erhältlich: plattformagenda2030.ch

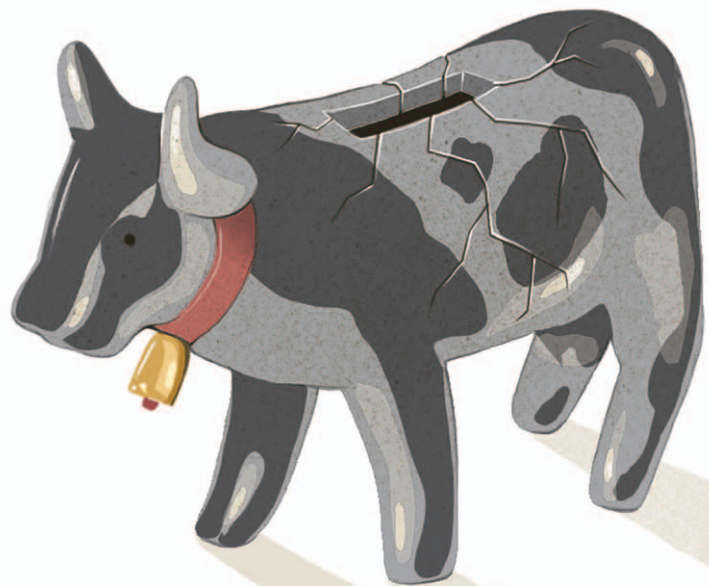
Grippe oder chronische Krankheit?

Wie ein heftiges Fieber, das die Schweiz streifte, und nicht mehr – so lautet eine weitverbreitete Meinung zur Finanzkrise von 2008. Dabei wirkt sie auch in der Schweiz bis heute tief greifend nach, wie eine Umfrage unter Wirtschaftsprofessoren, bei NGOs und Gewerkschaften zeigt.

Text: Esther Banz

«Arme Schweiz» titelte die deutsche Wochenzeitung «Zeit» im Oktober 2008. Die Krise der UBS werde zur Schicksalsfrage. Zehn Jahre später wissen wir: Alles nochmals gut gegangen, die UBS wurde von Bund und Nationalbank erfolgreich gerettet. Als darauf der Schweizer Franken immer stärker wurde – vor allem infolge der anhaltenden Krise im Euroraum –, hatte die exportorientierte Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM) Mühe, wettbewerbsfähig zu bleiben, und es gab zweimal Entlassungen und Kurzarbeit. Zu einem hohen oder kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2018 kam es indes nicht. So viel ist allgemein bekannt.

Kann man die Finanzkrise aus Schweizer Perspektive mit diesen Themen als erledigt abhaken, ist alles gesagt? Mitnichten. «Das vordergründige Bild täuscht», sagt Bettina Fredrich. Sie leitet bei Caritas die Fachstelle Sozialpolitik. «Nachdem insbesondere im gewerblich-industriellen Bereich etliche ihre Stelle verloren hatten, wurde es vor allem für die Niedrigqualifizierten unter ihnen schwierig, wieder Fuss zu fassen. Es gibt für sie seither deutlich weniger Stellen auf dem Markt.» Die Arbeitslosenquote vermittele denn auch ein einseitiges Bild, sagt Fredrich und verweist auf die Aussteuerungen. Hier zeigt sich: Wurden vor der Krise in einem Jahr mehr, dann wieder weniger Arbeitslose ausgesteuert, so steigt ihre Zahl seit 2008 kontinuierlich an. 2017 verloren beinahe 40 000 Menschen ihr Anrecht auf Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung – das sind doppelt so viele wie 2008. «Die meisten finden wir später in der Sozialhilfe wieder», stellt Bettina Fredrich fest. Dass Leute, die im Niedriglohnbereich ihren Job verlieren, trotz brummender Wirtschaft nicht mehr zurück in den Arbeitsmarkt finden, beobachtet sie als generelle Entwicklung:



«Jobs verschwinden aufgrund des technologischen Fortschritts oder weil sie ausgelagert werden – die Finanzkrise hat diesen Prozess beschleunigt.»

Wachsende Kluft zwischen Arm und Reich

Für Mattea Meyer, SP-Nationalrätin und Präsidentin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH), zeigt sich zehn Jahre nach der Krise, dass die Schere zwischen Arm und Reich in der Schweiz weiter aufgegangen ist und die soziale Unsicherheit zugenommen hat: «Die Finanzkrise hat Abbauprojekte nach sich gezogen. Am stärksten davon betroffen sind die, die ohnehin wenig haben – Arbeitslose, Alleinerziehende, Asylsuchende.» Auf der andern Seite konnten die 300 reichsten Schweizerinnen und Schweizer ihr Vermögen seit 2007 um sagenhafte 145 Milliarden Franken steigern. Allein im Jahre 2017 handelt es sich gemäss «Bilanz» um eine Zunahme von 9,8 Prozent respektive 60 Milliarden Franken auf 674 Milliarden Franken. Die letztjährige Vermögenszunahme entspreche nahezu dem, was der Bund jährlich für alle seine Einwohnerinnen und Einwohner ausbe (68 Mrd. Franken), rechnet Mattea Meyer vor, die auch Mitglied der Finanzkommission des Nationalrates ist.

Auch die Ungleichheit bei den Einkommen habe aktuell noch einmal zugenommen, sagt Kristina Schüpbach vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, die die Zahlen alljährlich für den «Verteilungsbericht» zusammenträgt und auswertet. Zwar hätten neue Gesamtar-

Die Folgen der Krise halten uns auf Trab

beitsverträge und die Anhebung von Mindestlöhnen etwas Verbesserung gebracht, aber bei den mittleren und tiefen Löhnen bleibe den Menschen am Ende des Monats doch nicht unbedingt mehr Geld im Portemonnaie: Höhere Mietzinsen und höhere Krankenkassenprämien bei reduzierten Prämienverbilligungen würden schwer zu Buche schlagen.

Die Bilanz zur Gegenwart nach zehn Jahren Finanzkrise in der Schweiz: Die Reichen sind noch reicher geworden – ein Prozess, der im Wesen des Kapitalismus liegt und der durch die Finanzkrise offenbar noch beschleunigt wurde –, während bei den Normalsterblichen wegen Aussteuerungen, höheren Mieten und Zwangsabgaben sowie zusammengestrichenen Sozialleistungen immer mehr von Armut betroffen sind.

Bedrohter gesellschaftlicher Zusammenhalt

Einer, der untersucht, was es ökonomisch, politisch und auch sozial bedeutet, wenn die Einkommens- und Vermögensschere sich immer weiter öffnet, ist der Franzose Thomas Piketty, Autor des Buches «Das Kapital im 21. Jahrhundert». Sein neuester immenser Datenschatz ist das Online-Nachschlagewerk «World Inequality Database», die «open-source» in verschiedenen Sprachen abrufbar ist. Pikettys Team hat herausgefunden, dass die Ungleichheit fast überall zunimmt, aber in unterschiedlicher Geschwindigkeit. Er warnt: «Sofern sie nicht adäquat beobachtet und angegangen wird, kann sie zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Katastrophen führen.» Sogar die UBS schreibt in einer Studie zur Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Schweiz: «Immer weiter steigende Topeinkommen können zu sozialen Spannungen führen oder eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gefährden. Und wenn sich wirtschaftliche Eliten herausbilden, welche insbesondere Steuer- und Verteilungspolitik massgeblich zu ihren Gunsten zu beeinflussen versuchen, gefährdet dies nicht zuletzt demokratische Ideale moderner Gesellschaften.»

Bettina Fredrich sieht bereits Anzeichen dieser Art: «Tatsächlich funktioniert die solidarische Umverteilung im Land immer weniger, es herrscht ein Steuerwettbewerb, von dem vorab die Reichen profitieren, etwa auch indem man in fast allen Kantonen die Erbschaftssteuer abgeschafft hat. Gleichzeitig ist man immer weniger ge-

«Trotz schwierigem Marktumfeld hat die ABS ein gutes Ergebnis erzielt.» Das schrieben wir in den letzten Jahren immer wieder, wenn wir über die wirtschaftliche Situation der ABS berichteten. Beim aktuellen Halbjahresergebnis (siehe Seite 20) haben wir auf die Formulierung zwar verzichtet, dennoch ist sie nach wie vor richtig: Denn die Folgen der Finanzkrise 2008 beschäftigen uns bis heute.

Zum einen haben die Zentralbanken die Leitzinsen radikal gesenkt, um einen Zusammenbruch des Finanzsystems abzuwehren. Davon war und ist die ABS unmittelbar betroffen, denn in der Folge sanken unter anderem die Kreditzinsen, die unsere wichtigste Einnahmequelle sind. Um konkurrenzfähig zu bleiben, mussten wir mit dem Markt mitgehen und auch unsere Zinsen nach unten anpassen. Die Folge: Obschon die ABS Jahr für Jahr mehr Geld ausleiht, verdient sie heute etwa gleich viel wie 2008. Umgekehrt gesagt, heisst das: Um ihre Einnahmen zu halten, muss die ABS wesentlich mehr Kredite vergeben als vor zehn Jahren. Keine einfache Aufgabe, denn die ABS leiht ja nicht irgendwem Geld aus, sondern folgt dabei strengen Nachhaltigkeitskriterien. Zudem muss sie die Risiken im Auge behalten und jeden Kredit mit genügend Eigenmitteln unterlegen. Bis jetzt ist das erfreulicherweise gut gelungen, auch da uns unsere Aktionärinnen und Aktionäre die dazu notwendigen Eigenmittel zur Verfügung stellten.

Zum anderen wurden Banken infolge der Krise strenger reguliert. In der Schweiz wurden mehrere neue Gesetze erlassen, etwa um Steuerflucht zu verhindern, Anlegerinnen und Anleger zu schützen oder das Risikopolster der Banken – die Eigenmittel – zu stärken. Diese Vorschriften sind sinnvoll, aber aufwendig umzusetzen. Wie alle Banken muss die ABS laufend neue Prozesse und For-

mulare einführen und die Mitarbeitenden schulen. Das Bankgeschäft ist dadurch komplexer und teurer geworden.

Und schliesslich beschäftigt uns, dass wir von der Krise indirekt profitiert haben: Die Zahl unserer Kundinnen und Kunden nimmt seit 2008 stark zu. Aus den Beratungsgesprächen wissen wir, dass nicht wenige zur ABS wechseln, weil sie das Vertrauen in die konventionellen Banken verloren haben. Dieser Zuspruch ist schön, hat aber einen kleinen Haken: Die Summe der Kundeneinlagen wächst schneller als die Summe der vergebenen Kredite. Immer mehr Geld bleibt bei der ABS beziehungsweise auf ihrem Konto bei der Nationalbank liegen und verursacht dort Kosten. Diese stiegen stark an, als die Nationalbank vor drei Jahren Negativzinsen einführte. Unsere Lösung ist bekannt: Wir führten auf verschiedenen Konten selbst Negativzinsen ein.

Bis jetzt ist es der ABS gut gelungen, diese verschiedenen Herausforderungen zu meistern, die alle im Nachgang der Krise entstanden sind. Wirklich erfreulich ist, dass die Krise gezeigt hat, dass das Geschäftsmodell der ABS funktioniert und krisenresistent ist. Eine Studie der Global Alliance for Banking on Values kommt zum Schluss, dass sozial und ökologisch ausgerichtete Banken grundsätzlich krisenresistenter sind. Drei Aspekte tragen dazu bei: erstens, dass diese Banken auf die Realwirtschaft fokussieren anstatt auf die Finanzwirtschaft; zweitens, dass ihre Kredite zum grössten Teil auf dem Geld der eigenen Sparkundschaft basieren und nicht auf Krediten, die sie an den Finanz- und Kapitalmärkten aufnehmen; und drittens, dass Banken wie die ABS, zumindest im Vergleich zu den grössten Banken der Welt, mehr und besseres Eigenkapital besitzen. Gemäss der Studie sind das alles wichtige Zutaten für einen stabilen Finanzmarkt.

Eine Quelle der aktuellen gesellschaftlichen Destabilisierungen liegt im Finanzsystem.



1bank4all
[one]bank[for]all

**Gut: Geld vom Spendenkonto.
Besser: Geld vom eigenen Konto.**

Wagen Sie den Schritt zum Fortschritt für Alle.
Informieren Sie sich noch heute über Ihre
Investitionsmöglichkeiten!

www.1bank4all.net/de/invest

willt, diejenigen zu unterstützen, die ausscheiden. In der Sozialhilfe wird kontinuierlich abgebaut.» Die Ungleichheit verstärkte sich auch dadurch, dass die Möglichkeit, aufzusteigen, klein sei: «Die Bildung spielt da eine wichtige Rolle. Entgegen der landläufigen Meinung ist die Bildungsmobilität in der Schweiz sehr gering. Das muss sich ändern.»

Der Mittelstand verschuldet sich

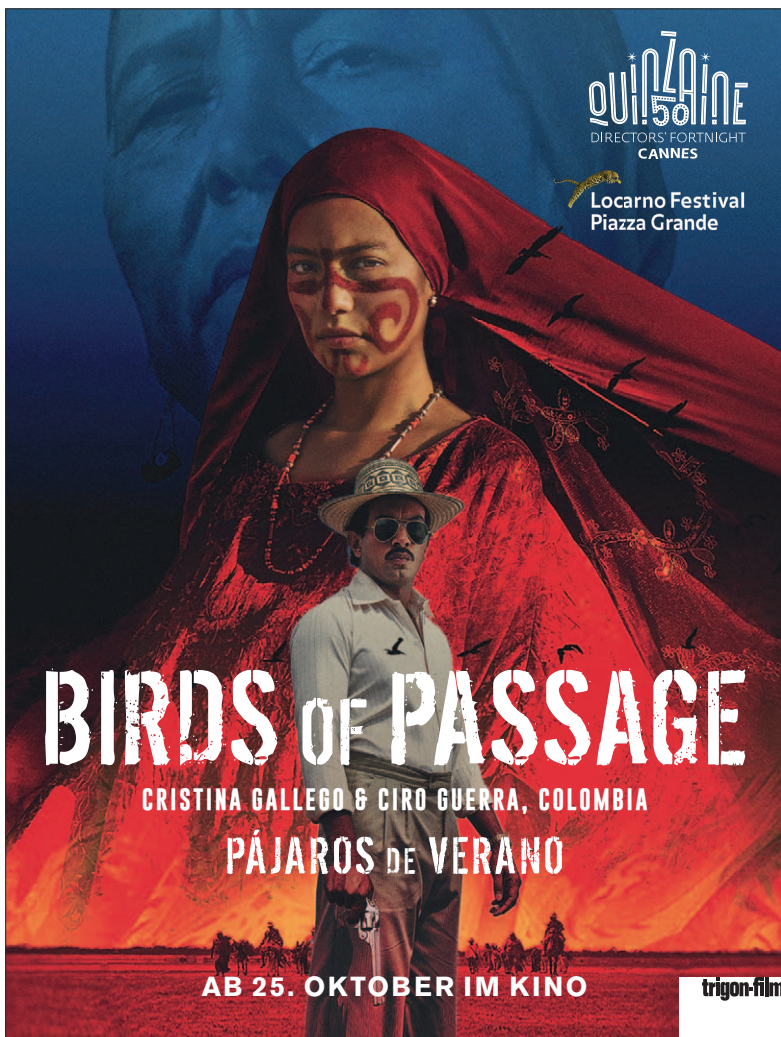
In die Zukunft blickt auch Tobias Straumann, Wirtschaftshistoriker an der Universität Zürich. Er weist auf ein weiteres Erbe der Krise hin: die tiefen Zinsen. «Ich dachte immer, die Sparer würden sich dann mal wehren und sagen: «Es reicht, ich will wieder Zins!» Aber nein, nichts passierte. Stattdessen verschuldete sich der Mittelstand hierzulande: Viele nutzten die Gelegenheit und kauften ein Haus oder eine Wohnung. Wenn die Zinsen dereinst schnell raufgehen sollten, hätten wir die nächste Finanzkrise, das kann ich mit Sicherheit sagen.»

Eine andere langfristige Folge der Finanzkrise würden viele erst im Alter zu spüren bekommen, sagt Wirtschaftsprofessor Reto Föllmi von der Universität St. Gallen. Er ist der Meinung, dass die andauernd tiefen und teilweise negativen Zinsen grosse wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen haben werden: «Das Sparen in sicheren Anlagen lohnt sich kaum mehr und die Renditeversprechen der zweiten Säule lassen sich nicht mehr aufrechterhalten.» Bei den Renten derjenigen, die jetzt pensioniert werden, seien zwar erst die überobligatorischen betroffen und die meisten obligatorischen geschützt, aber: «Weil die Guthaben schwach verzinst werden, wächst das Alterskapital weniger schnell. So werden die Renten auch im Obligatorium künftig stark betroffen sein. Das gilt umso stärker, je jünger man ist.»

Verlorenes Vertrauen und vertändelte Zeit

Auch Föllmis Professorenkollege Martin Kolmar, in St. Gallen Direktor des Institutes für Wirtschaftsethik, beschäftigt sich mit den Folgen der Krise. Er teilt mit allen bisher Zitierten die Sorge um die Konsequenzen sozialer Ungleichheit, die sich weiter verstärkt hat. Eine weitere Sorge gilt dem Vertrauensverlust: «Die UBS profitierte von umfangreichen Rettungsmassnahmen des Staates. In einer solchen Situation geht nicht nur Vertrauen in das Finanzsystem verloren, sondern kann Vertrauen in die Gerechtigkeit der grundlegenden gesellschaftlichen Institutionen insgesamt beschädigt werden. Die Wirklichkeit ist komplex, und Erklärungen sind nie monokausal, aber eine der Quellen der aktuellen gesellschaftlichen Destabilisierungen liegt sicherlich im Finanzsystem.»

Und es gibt einen weiteren Aspekt, der Martin Kolmar Bauchweh bereitet. Unerwartet beendete er seine Antwort auf die Frage nach den Folgen der Finanzkrise in der Schweiz mit diesen beiden Sätzen: «Ein tragischer Nebeneffekt der Finanzkrise ist, dass sie den Blick auf die für unsere Generation definierenden Probleme verstellt: den Klimawandel und den Verlust an Biodiversität. Es wird schneller ernst, als selbst Pessimisten dachten, und wir vertändeln wieder und wieder kostbare Zeit.»



«Cleveland Versus Wall Street» ist ein Dokumentarfilm über ein Verfahren, das nie stattfand. Der Lausanner Filmemacher Jean-Stéphane Bron inszenierte den Prozess, den die Stadt Cleveland vergeblich gegen jene Banken anstrebte, die für die Subprime-Krise verantwortlich waren. Obwohl fiktiv, spielen in Brons Filmprozess Wahrheit und Authentizität die grössten Rollen.

Interview: Muriel Raemy



Ein Film für die Gerechtigkeit

Die Gesichtszüge von Josh Cohen erstarren, als er das Verdikt der Geschworenen liest. Der Anwalt vertritt die Interessen der Stadt Cleveland (Ohio) und deren Einwohner gegenüber 21 Banken. Die Nahaufnahme fängt die ganze Enttäuschung ein, die sich in seinem Gesicht widerspiegelt. Dann ändert die Kameraeinstellung und zeigt die Siegesfreude von Keith Fisher, dem unerbittlichen Verteidiger der angeklagten mächtigen Finanzinstitutionen. Keinen Cent Schadenersatz werden sie der Stadt bezahlen müssen, niemand wird sie für ihren Anteil an der Subprime-Krise zur Verantwortung ziehen. Jean-Stéphane Bron bringt diese Ungerechtigkeit ans Licht, indem er einen Gerichtsprozess filmt, der in der Realität nie stattgefunden hat. Seit seinem Erscheinen im Jahr 2010 hat «Cleveland Versus Wall Street» zahlreiche Preise gewonnen.

moneta: Wie sehen Sie die Krise heute, acht Jahre nach Erscheinen des Films?

Jean-Stéphane Bron: Niemand wurde in dieser Sache verurteilt. Abgesehen von einem oder zwei Brokern, die ins Gefängnis mussten, gab es keine Konsequenzen für die Banker, die diese Hypotheken verbrieft hatten. Und es läuft immer noch so: Auch heute verteidigen um die 5000 Lobbyisten die Interessen der Wall Street in Washington. Der Staat hat solche Transaktionen weder reguliert, noch überwacht er sie – und dies bis zum heutigen Tag.

Wie kamen Sie auf Cleveland?

Mein vorhergehender Film, «Mais im Bundeshaus» (2003), stellte die Frage nach der Macht der Wirtschaft über die Politik. Ich

wollte mich eingehender mit dieser Thematik befassen und suchte während vieler Jahre einen Ort, wo sich diese Machtverhältnisse herauskristallisieren. Schliesslich hörte ich im April 2008 von einer Klage, die Cleveland drei Monate zuvor eingereicht hatte. Die Stadt hatte das Problem der Hypothekarkredite mit geringer Bonität vor allen anderen erkannt. Der Bürgermeister erzählte mir von seinen Nachforschungen: Er wollte verstehen, was wirklich hinter der massiven Zunahme von Zwangsräumungen steckte. Die Ergebnisse seiner Recherchen übergab er schliesslich in die Hände von Anwälten. Er erhoffte sich, dass sie das Fehlverhalten der Banken aufzeigen und sie zur Zahlung von Schadenersatz bringen würden.

Wieso machten Sie daraus einen fiktiven Dokumentarfilm?

Ich ging eigentlich nach Cleveland, um den richtigen Prozess zu filmen. Ich war schon über ein Jahr dort, aber nichts passierte. Die Banken hatten das Verfahren blockiert. Die Verzweiflung darüber brachte mich schliesslich auf die Idee eines fiktiven Prozesses. Ich kannte ja alle Protagonisten, ich war am Tatort und hatte schon viele Stunden Bildmaterial – daraus wollte ich etwas machen.

Einen fiktiven Prozess inszenieren – wie packt man das an?

Ich musste die Realität, die ich filmen wollte, kreieren. Ich hatte eine klare Vorstellung davon, wie ich die Zuschauer dazu einladen wollte, der Wahrheitssuche zu folgen. Mein Ansatz war sehr zielgerichtet. Was aber vor der Kamera abläuft, ist dokumentarisch. Wir haben in einem richtigen Gerichtsgebäude



Jean-Stéphane Bron, mehrfach ausgezeichnete Filmemacher, ist bekannt für seine politischen Dokumentarfilme. Neben «Cleveland Versus Wall Street» sind dies etwa «Connu de nos services» (1997) über den Fichenskandal, «Mais im Bundeshaus – Le génie helvétique» (2003), der einen Blick hinter die Kulissen des Parlamentsbetriebes wirft und zu den meistgesehenen Dokumentarfilmen der Schweiz gehört, bis zu «L'expérience Blocher» (2013), einem Porträt des Milliardärs und SVP-Politikers Christoph Blocher. Jean-Stéphane Bron gehört dem Kollektiv *Bande à part Films* an.

Die eigenen vier Wände. Im Grossen und Ganzen.

Genossenschaftliches Wohnen ist ein erster Schritt, sich (und sein Geld!) dem Immobilien- und Kapitalmarkt zu entziehen und als Genossenschafter/in mitzureden. Wohnen bei der Gesewo ist der nächste: Gemeinschaftliches Wohnen, das Individualität respektiert.

Zum Beispiel im Hirschen in Diessenhofen: Innenhof, Loggias, Gästezimmer und Gemeinschaftsraum werden von allen gemeinsam genutzt. Frei sind hochwertige 2.5- und 3.5-Zimmer-Wohnungen. Inbegriffen: Die hohe Lebensqualität des lebendigen Landstädtchens mit Läden, Ärzten, viel Kultur und der nahe Rhein, seine Ufer, die Natur rundherum!



Erfahren Sie mehr über diese anregende Wohnform unter www.gesewo.ch/hirschen.



OBERHALB VON
6647 MERGOSCIA (VERZASCA)
ZU VERKAUFEN

2 TESSINER RUSTICI MIT WEITSICHT

5'000 m² grosses Grundstück mit Laub-Mischwald (Kastanien, Buchen, Eichen), Wiesen, mit Trockenmauern terrassiert und vieles mehr.

Weitere Infos und Bilder unter:
www.casafile.ch/mergoscia



HAUS FÜR BILDUNG UND BEGEGNUNG

HERZBERG

Ihr Haus für Seminare
und Tagungen

Zentrale Lage, feine Bio-Küche, heimelige Zimmer für jedes Budget und helle, modern eingerichtete Kursräume. Eigenes Kursprogramm mit Gestaltung, Tanz, Musik und mehr.

www.herzberg.org - info@herzberg.org

Darlehen gesucht

Zur Stärkung unseres Zentrums mit Seminarbetrieb, Alpiner Permakultur und Gemeinschaft suchen wir zinsfreie Darlehen ab 10'000 Franken mit einer Laufzeit von 5 Jahren.

Mit dieser wertvollen Unterstützung ermöglichen Sie uns, die Schweibenalp in ihrer Schönheit weiterhin blühen zu lassen.

Charly Rainer Ehrenpreis und Moris Bühlmann freuen sich über Ihren Anruf! +41 (0) 33 952 20 00, stiftung@schweibenalp.ch
www.schweibenalp.ch



SCHWEIBENALP
Zentrum der Einheit • Center of Unity



Hausverein
SCHWEIZ

Für umweltbewusste
und faire
EigentümerInnen

Die Alternative zum Hauseigen- tümerversand

**Jetzt
beitreten**

www.hausverein.ch
031 311 50 55

● *fairsicherungsberatung*[®] *broker der nachhaltigen wirtschaft*

- Ihre unabhängige Beratungsstelle in allen Versicherungs- und Vorsorgefragen.
- Soziale, ethische, ökologische und ökonomische Werte stehen bei uns im Vordergrund.
- Seit 1990 sind wir erfolgreich auf dem Markt. Profitieren Sie von unserer Erfahrung!



fairsicherungsberatung[®], Holzikofenweg 22, 3001 Bern
Tel. 031 378 10 10 • fair@fairsicherung.ch • www.fairsicherung.ch

gefilmt, mit richtigen Geschworenen und einem richtigen Richter. Die Zeugen erzählen von ihrer persönlichen Situation, ihrer Realität. Der Gerichtssaal war während der gesamten zehn Drehtage nie leer, die Leute kamen in Strömen. Alle wollten wissen, was wirklich passiert war.

Ihre Filme sind sehr engagiert.

Kann man sie als aktivistisch bezeichnen?

Nicht aktivistisch, nein, aber ich versuche schon, den Nerv der Zeit zu treffen. Die undurchsichtigen Regeln der Finanzwelt und ihre unverhältnismässig grosse Macht prägen unsere Gegenwart. Wie soll man so etwas zeigen? Wie behandelt man ein Thema von solch immensem Ausmass? Ich habe mich an die Figuren gehalten, ihre Schwächen, ihre Probleme, aber auch ihre Stärken. Ich stand – meiner Meinung nach – auf der Seite der Gerechtigkeit. Mein Film hat zwar nichts an den realen Geschehnissen geändert, aber ich wollte die Zuschauer mittels Unterhaltung zum Nachdenken bringen.

Es wird also nie zu einem echten Prozess kommen?

Nein. Die beiden Anwälte Kathleen Engel und Josh Cohen, die in meinem Dokumen-

tarfilm die Stadt Cleveland vertreten, sind bis vor Bundesgericht gegangen. Doch die Banken haben sich mit allen Mitteln gegen die Prozesseröffnung gewehrt. Aber Barbara Anderson zum Beispiel kämpft weiter, in einer Bürgervereinigung, die den rund 20 000 Familien, die ihre Häuser verloren haben, eine Stimme verleiht. Wie sie am Ende des Films sagt, handelt es sich um ein Beispiel für einen perversen Mechanismus, mit dem auf Kosten der Armen Geld gemacht wird.

Der Staat erscheint hier ziemlich machtlos...

Ja, die Krise hat die extreme Abhängigkeit der Politik von den Banken, ihre völlige Vereinnahmung durch die Finanzwelt aufgezeigt. Die Subprimes sind hier nur die Tatwaffen, sie stehen am Ausgangspunkt der globalen Finanzkrise. Wer hat von diesen Verbrechen profitiert? Die Antwort findet man meiner Ansicht nach bei der extremen Rechten und den populistischen Bewegungen. Überall auf der Welt profitieren sie von einem allgemeinen Misstrauen gegenüber Institutionen, dessen Ursprung zumindest teilweise in dieser Ohnmacht der Politik liegt. Auch die Schweiz kann sich dieser Ten-

denz nicht entziehen. Das habe ich in meinem Film «L'expérience Blocher» von 2013 zu zeigen versucht.

Was für einen Film über die Finanzkrise würden Sie heute machen?

Genau den gleichen! Aber ich würde mit einem hoffnungsvollen Ausblick abschliessen, denn aus den Trümmern dieser Krise sind zahlreiche Projekte entstanden. Seit 2008 gibt es ein globales Bewusstsein dafür, dass es alternative Lösungen braucht, dass man Antworten ausserhalb des bestehenden Systems suchen muss. Der Staat Ohio beispielsweise hat die Cuyahoga Land Bank gegründet, eine öffentlich-rechtliche Bank, die 2009 damit begann, Häuser zurückzukaufen und zu renovieren, um sie so aus der Spekulationsblase herauszuholen.

Den Film «Cleveland Versus Wall Street» findet man auf www.lekino.ch, einer Website für Video-on-Demand, die Independent-Filme unterstützt.

KOMMENTAR

Viele Banken hätten ihren gesellschaftlichen Auftrag vergessen, findet James Vaccaro, Leiter für strategische Entwicklungen bei der Triodos Bank. Trotzdem glaubt er, dass die Finanzbranche bald wirklich nachhaltig werden könnte. In einem White Paper zeigt er auf, was es dazu braucht.

Text: James Vaccaro

Am Wendepunkt

Es ist in der heutigen Zeit nicht gerade einfach, optimistisch zu sein. Der Klimawandel hat sich gerade erst durch eine Reihe von Wetterextremen spürbar gemacht; die Einkommens- und Vermögensschere öffnet sich immer weiter. Das führt dazu, dass sich die Gesellschaft zunehmend spaltet und die Menschen die Verbindung zueinander verlieren. Die Staatsoberhäupter schliesslich bekunden Mühe, langfristige Ziele für eine nachhaltige

Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft auf ihre nationalen politischen Agenden zu setzen.

Das sind kaum die Voraussetzungen für einen positiven Ausblick, insbesondere was den Finanzsektor anbelangt. Gerade auch, weil seit der äusserst destruktiven globalen Finanzkrise, für die wir immer noch alle die Rechnung bezahlen, kaum ein Jahrzehnt vergangen ist. Manchmal bekommt man aber den Eindruck, dass viele



Banken ihre gesellschaftliche Rolle in den vergangenen Jahrzehnten vergessen haben, nämlich Entwicklungen zu finanzieren, die im wahren Interesse der Gesellschaft sind. Es hat den Anschein, als hätten sie sich sozusagen aus der Gesellschaft und der Realwirtschaft zurückgezogen und als lebten sie auf einem anderen Planeten, wo in erster Linie die eigenen finanziellen Interessen und die ihrer Aktionärinnen und Aktionäre zählen.

Ehrgeiziger, aber umsetzbarer Plan

Dennoch gibt es viele gute Gründe, hoffnungsvoll zu sein. Trotz des allgemeinen Malaise könnte sich der Finanzsektor sehr wohl an einem entscheidenden Wendepunkt befinden. Ja, er ist in der Lage, punkto Nachhaltigkeit die Führung zu übernehmen und bei der Bewältigung unserer dringendsten Herausforderungen eine zentrale Rolle zu spielen. Im letzten September hat die Global Alliance for Banking on Values (GABV) zusammen mit den Nicht-Regierungsorganisationen Finance Watch und Mission 2020 und einer Reihe von Vordenkern und führenden Akteuren im Bereich der nachhaltigen Finanzwirtschaft ein White Paper mit einer Reihe von Vorschlägen für einen Wandel des europäischen Finanzsektors veröffentlicht.

Unter dem Titel «New Pathways: Building Blocks for a Sustainable Finance Future in Europe» zeichnet das White Paper einen ehrgeizigen, aber umsetzbaren Plan

für den Wandel vor. Es widerspiegelt den kollektiven Willen, den Finanzsektor in Richtung Nachhaltigkeit zu bewegen, ein Wille, der zunehmend auch bei vielen Menschen spürbar ist, die in klassischen Finanzinstitutionen tätig sind. Der Plan ist umsetzbar. Er beruht auf den Erfahrungen, die sozialökologische Banken und andere Anbieter von Finanzdienstleistungen in jahrzehntelanger Pionierarbeit gesammelt haben, und zeigt auf dieser Basis auf, was möglich ist.

Neue gesetzliche Anreizsysteme

Die zugrunde liegende Idee ist, dass das Finanzwesen einem gesellschaftlichen Zweck dienen soll und nicht nur die klassischen Aufgaben zu erfüllen hat. Das Finanzwesen und die Art, wie es geführt wird, haben einen enormen Einfluss auf die Formen, die Wirtschaft und Gesellschaft annehmen. Es ist ein Mythos, dass die Finanzdienstleister neutral sind.

Politische Entscheidungsträger müssen dies formell anerkennen und eingestehen, dass die Finanzwelt eine entscheidende Rolle für den Erfolg in anderen gesellschaftlichen Bereichen spielt. Sie hat beispielsweise Einfluss darauf, ob eine nachhaltige Wirtschaft entsteht und nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden können. Sie kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und einzelnen Menschen und Gemeinschaften angemessenen Wohn- und Lebensraum bereitstellen. Haben

James Vaccaro ist Leiter für strategische Entwicklung bei der Triodos Bank.

die Entscheidungsträger dies einmal verstanden, können sie die Finanzaufsichtsbehörden mit der Aufgabe betrauen, die Finanzdienstleister mittels Anreizen und Strafen dazu zu bewegen, den so dringenden Wandel zur Nachhaltigkeit zu beschleunigen. Dies könnte erreicht werden, indem die Höhe der von Banken verlangten Reserven von der Nachhaltigkeit ihrer Kreditvergabe abhängig gemacht wird. Aufsichtsbehörden sollten grössere Reserven von Banken verlangen, wenn diese offene Kreditforderungen in Sektoren haben, die nicht nachhaltig sind.

Wer dem Wandel positiv gegenübersteht, wird unterstützt, wer sich ihm entgegenstellt, wird lernen müssen, dass finanzielle Stabilität nicht möglich ist, wenn man dem Planeten und der Gesellschaft schadet – und dass dabei Kosten entstehen, die man zu tragen hat. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass diese Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden, wie das nach der globalen Finanzkrise der Fall war.

Nachhaltige Geldanlagen für alle

Es ist nicht so, dass wir eines Tages aufwachen werden und der Finanzsektor ohne unser Zutun nachhaltig geworden ist. Kein System kann sinnvoll transformiert werden, ohne dass sich Menschen dafür einsetzen. Daher ist eine der zentralen Vorschläge des White Papers, die regulatorischen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass mehr Menschen nachhaltige finanzielle Entscheidungen treffen und Geld in positive Veränderungen investieren können. Gemäss Studien möchten beispielsweise fünf von sechs Millennials ihr Vermögen nachhaltig anlegen. Aber viele Impact-Investments wie Fonds, die in erneuerbare Energien, nachhaltige Lebensmittel oder sozialverträgliche Unternehmen investieren, sind für die meisten Menschen noch weitgehend unzugänglich.

Wir benötigen in Europa einen gesetzlichen Rahmen für nachhaltige Fonds, die den Menschen ermöglichen, in die Welt zu investieren, die sie sich wünschen. Wenn wir Einzelpersonen mobilisieren, treibt dies den Wandel innerhalb der Finanzinstitutionen voran, und dann führt das zu Innovationen, von denen wir alle profitieren und die uns und zukünftigen Generationen eine annehmbare Lebensqualität sichern.

Einfacher Geschäftssinn

Schliesslich sollten wir daran glauben, vor einem Wendepunkt zu stehen, weil ein nachhaltiges Finanzwesen aus geschäftlicher Sicht einfach sinnvoll ist. Weil Nachhaltigkeit in Zukunft die zentrale Herausforderung in jedem Geschäftsfeld sein wird, könnte die Unterstützung durch gute «nachhaltige Finanzpartner» in den Geschäftsmodellen von morgen ein entscheidender Faktor sein. Gerade deshalb können und sollten Banken der Zukunft noch Geld verdienen.

Da Finanzdienstleister neu neben dem Risiko und der Rendite auch die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Gesellschaft und Umwelt berücksichtigen müssen, werden alle Personen, die im Finanzsektor tätig sind, über neue Fähigkeiten und Kompetenzen verfügen müssen. Das ist keine Belastung, es ist eine spannende Chance für neue Generationen von Finanzprofis, die ih-

re persönlichen Werte besser mit ihrer beruflichen Tätigkeit in Einklang werden bringen können. Das führt dazu, dass die Arbeit erfüllender und gesellschaftlich nützlicher ist.

Wir sind der Wandel

Die Finanzkrise brachte auch eine Krise der Handlungsfähigkeit an den Tag. Viele Menschen fühlten sich angesichts eines riesigen, komplexen und schwer zu ändernden Systems machtlos. Die sechs konkreten Ideen, die wir im White Paper als Bausteine zusammengetragen haben, sind als nützliche Inputs für jene gedacht, die am Thema «nachhaltiges Finanzwesen» arbeiten. Das ist insbesondere eine Expertengruppe, die von der Europäischen Kommission speziell zu diesem Zweck einberufen wurde (siehe dazu auch den Artikel «Die Gegenlobby» auf Seite 12). Die Ideen sollen alle inspirieren, welche die Dringlichkeit der Sache erkennen und alles in ihrer Macht Stehende tun wollen, um uns näher an einen Wendepunkt zu bringen.

Wie die Gründerin von Mission 2020 und die Architektin der Pariser Klimakonferenz Christiana Figueres gesagt hat: «Die Finanzindustrie ist dafür prädestiniert, die Führung zu übernehmen, und zwar nach dem Motto <business as urgent>.» Wenn wir zusammenarbeiten, mit ähnlicher Dringlichkeit, dann ist der Wandel unvermeidlich. Es gibt kein Zurück – und das ist nun wirklich ein Grund für einen vernünftigen Optimismus.

Elf Reformen für eine nachhaltige Finanzbranche

Im White Paper «New Pathways: Building Blocks for a Sustainable Finance Future in Europe» schlagen die drei Organisationen Global Alliance for Banking on Values, Finance Watch und Mission 2020 elf Reformen vor, um die Finanzbranche in Europa nachhaltiger zu gestalten. Das Paper richtet sich an Finanzinstitute, Aufsichtsbehörden und politische Entscheidungsträgerinnen und -träger.

Konkret zielen die Reformen darauf ab, dass sich die Finanzbranche an den Bedürfnissen der Gesellschaft ausrichtet. Die einzelnen Finanzinstitute sollen ihr Geschäftsmodell auf Nachhaltigkeit ausrichten und Entwicklungen finanzieren, die im Interesse der Gesellschaft sind. Die Gesetzgebung in Europa soll so angepasst werden, dass die Finanzbranche bei ihrer Geschäftstätigkeit berücksich-

tigen muss, welche Auswirkungen sie auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft hat. Weiter sollen die Reformen dazu führen, dass die Bankmonokultur durchbrochen wird und ein vielfältiges System aus Finanzinstituten entstehen kann, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind und zusammenarbeiten.

Zudem soll es möglich werden, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger ihr Geld möglichst direkt in Unternehmen und Projekte investieren können, die eine positive Veränderung bewirken.

Damit das Finanzsystem besser in Richtung Nachhaltigkeit gesteuert werden kann, sollen schliesslich verbindliche Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Finanzakteure geschaffen und eingeführt werden. (sr)

Die Gegenlobby

Finance Watch ist 2011 als Experiment gestartet: EU-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier haben die NGO gegründet, um ein Gegengewicht zur mächtigen Bankenlobby in Brüssel zu bilden und das Finanzwesen zu seinem eigentlichen Zweck zurückzuführen: der Gesellschaft zu dienen.

Text: Bärbel Bohr

2017 hat gezeigt, dass die Reformen des EU-Bankensystems nicht ausreichend greifen. Vier Regionalbanken wurden im Euro-Raum zahlungsunfähig. Drei der betroffenen Institute wurden von der italienischen Regierung mit Steuermitteln gerettet, unter Ausnutzung einer Regulierungslücke. Das ist ein klares Indiz, dass der Finanzmarkt nicht robust genug ist, die Krise einer grösseren Bank zu verkraften, und ein Pulverfass bleibt. Rainer Lenz, Vorstandsvorsitzender von Finance Watch und Finanzprofessor an der Fachhochschule Bielefeld, ergänzt: «Über lange Zeit hat die Europäische Zentralbank ausserdem mit ihrer lockeren Geldpolitik die strukturellen Probleme mit Puderzucker überdeckt. Diese Situation zeigt, dass es eine Organisation wie Finance Watch mehr denn je braucht.»

Gründung nach der Finanzkrise

Die Geschichte von Finance Watch ist kurios. 2010 riefen mehrere Mitglieder des EU-Parlamentes parteiübergreifend zur Gründung einer Gegenlobby auf. Die parlamentarischen Wirtschafts- und Finanzexperten fühlten sich überwältigt von der aufdringlichen Expertise der Bankenlobby, die nach der Finanzkrise neue Gesetze zur Bändigung des Finanzsektors verhindern wollten. Die neu gegründete NGO setzte sich zum Ziel, ein robustes und effizientes Bankensystem zu schaffen, das Kapital für produktive Zwecke bereitstellt, ohne daraus künstlich geschaffenen Profit zu schlagen oder Kreditrisiken auf die Gesamtgesellschaft abzuwälzen. Zudem will Finance Watch Finanzmärkte so gestalten, dass sie produktive Investitionen in die Realwirtschaft fördern und gleichzeitig exzessive oder schädliche Formen von Spekulation unterbinden.

Seit 2011 unterstützt Finance Watch den Gesetzgebungsprozess in Brüssel mit rund zehn Vollzeitstellen. Das Jahresbudget von 1,5 Millionen Euro setzt sich aus Mitgliedsbeiträgen, Zuschüssen der EU und Spenden zusammen. Der Vorstand arbeitet pro bono. Die meisten Mitarbeitenden sind Finanzprofis, wie etwa die Französin Mireille Martini, die seit 2017 mitwirkt. Zu ihrer Motivation sagt sie: «Ich habe die Finanzindustrie kurz vor der Krise verlassen. Wenn man verantwortungsvoll

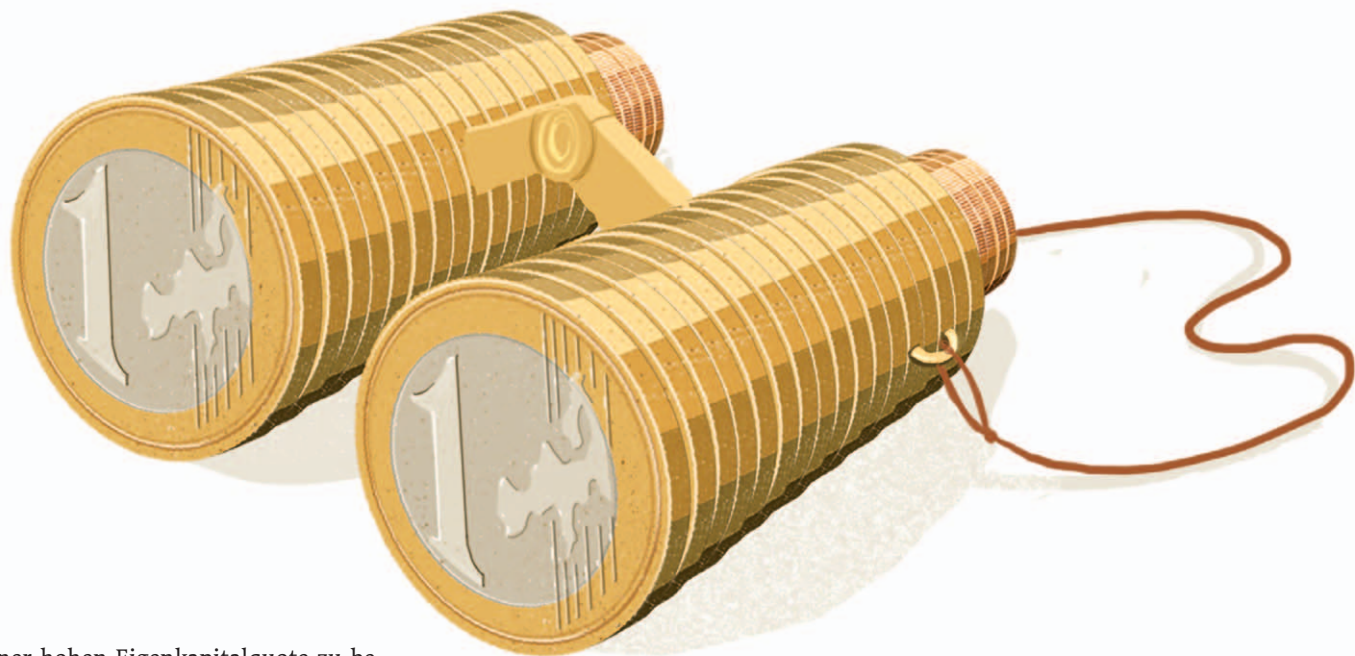
handeln wollte, konnte man schwer mit deren Strategie leben. Danach war ich Auszubildende für Unternehmensfinanzierung. Ich erlebte dort den Schock von innen, den die Realwirtschaft während der Finanzkrise von 2008 erfuhr: den Kreditvergabestopp, das Preisrennen, das Just-in-Time-Management und den Personalabbau.» Seit ihrer Gründung hat die NGO an zahlreichen komplexen Finanzgesetzen mitgewirkt: von MIFID, das den Anlegerschutz stärkt, bis hin zu CRD IV, das die Banken durch neue Eigenkapitalbestimmungen und ein strengeres Risikomanagement besser gegen Krisen wappnen soll.

Europaweites Netzwerk für Reformen

Mehr als vierzig grosse Verbraucherorganisationen, Gewerkschaften, Stiftungen und Umweltverbände gehören neben einzelnen Fachpersonen zu den Mitgliedern von Finance Watch, die meisten stammen aus Benelux, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien. Dank dieser weitverzweigten Mitgliederstruktur trägt die NGO entscheidend dazu bei, dass europaweit ein System von Organisationen und Vordenkern entsteht, die ein neues und stabileres Finanzsystem fordern. So organisierte Finance Watch Ende 2017 das «Change Finance Forum», an dem über 200 NGOs aus ganz Europa teilnahmen. Erstmals haben sich dort zivilgesellschaftliche Organisationen aus den verschiedensten Bereichen wie Umweltschutz, Menschenrechte, Governance, Demokratie, Gewerkschaften und Finanzen zusammengetan, um gemeinsam aktiv zu werden und mit einer Stimme für eine Reform des Finanzsektors zu sprechen. Fran Boait, Vorstandsmitglied bei Finance Watch und Geschäftsführerin der britischen NGO Positive Money, sagt dazu: «Nach der Finanzkrise ist in der Zivilgesellschaft eine Kultur gegenseitiger Unterstützung entstanden. Wir haben eine gemeinsame Agenda und wollen diese gemeinsam vorantreiben.»

Grenzen des Einflusses

Dennoch gibt es aus dem eigenen Umfeld auch Kritik an Finance Watch. Etwa dass sich die NGO zu sehr auf das technokratische Klein-Klein Brüssels eingelassen



habe, anstatt auf einer hohen Eigenkapitalquote zu beharren, welche die Verschuldung der Banken wirksam reduzieren würde (siehe dazu auch das Interview mit Anat Admati auf der Rückseite dieser Nummer). Rainer Lenz lässt diesen Einwand nicht gelten: «Finance Watch hat sich immer für höheres Eigenkapital der Banken eingesetzt. Aber nicht mit Maximalforderungen, da man sich sonst als Gesprächspartner der EU-Kommission und Berater der EU-Parlamentarier disqualifiziert.» Er fügt hinzu: «Die zentralen Pflöcke für die Finanzgesetzgebung werden auf der G20-Ebene eingeschlagen, wo die Finanzminister und die Zentralbanken im Financial Stability Board bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel hinter geschlossenen Türen verhandeln. Da haben Vertreter der Zivilgesellschaft keine Chance.» In Brüssel, wo sich Finance Watch erfolgreich einbringen könne, erfolge nur noch die gesetzliche Umsetzung der G20-Vereinbarungen mit mehr oder weniger grossem Spielraum.

Im Vergleich zu den Basler Gremien ist die Einflussnahme bei den europäischen Aufsichtsbehörden des Sektors grösser, denn dort sitzt Finance Watch in allen Stakeholder-Beiräten. Seit zwei Jahren ist der Schutz des Kunden denn auch als explizites Ziel der Finanzmarktaufsicht verankert. Dieses Ziel werde aber nicht immer aktiv verfolgt, etwa bei den Diskussionen um die möglichen Folgen eines Hard-Brexits ohne politische Einigung. Dazu Lenz: «Möglicherweise sind dann die Verträge britischer Lebensversicherungen von EU-Bürgern nach dem Austritt nicht mehr gültig. Wenn es in den Sitzungen um die Frage geht, wer die Kosten dafür trägt, steht meist die Versicherungsfirma im Mittelpunkt, selten die Kundschaft.» Das sei untragbar, findet Lenz und will dieses Machtungleichgewicht mit einer neuen Strategie bekämpfen. Finance Watch soll zwar weiterhin an der technischen Politikberatung in Brüssel festhalten, aber gleichzeitig mit Themen wie Nachhaltigkeit, Altersvorsorge und Konsumentenschutz ein breiteres Publikum erreichen. Das «Change Finance Forum» bildete den Auftakt dazu.

Nachhaltigkeit gleich Stabilität

Auch die EU-Kommission ist nach Abschluss des Pariser Klimaabkommens aktiv geworden und hat eine Expertengruppe gebildet, die Nachhaltigkeit zu einem integralen Bestandteil des Finanzsystems machen soll. Finance Watch berät dieses Gremium, denn Nachhaltigkeit und ein stabiles Finanzsystem bedingen einander: Damit die Kapitalströme so umgeleitet werden können, dass Banken die Klimawende unterstützen, muss das bisherige System der Kapitalallokation überdacht werden. Nachhaltigkeit ist damit auch die Chance, das Finanzwesen auf realwirtschaftlich sinnvolle Investitionen umzulenken, was die Stabilität des Sektors erhöht. Die Kommission schätzt, dass die EU in den nächsten zwanzig Jahren rund 180 Milliarden Euro an zusätzlichen jährlichen Investitionen, insbesondere in saubere Energien, benötigt, um den Anstieg der globalen Temperaturen unter 2 Grad Celsius zu halten.

Rainer Lenz ergänzt: «Es geht nicht darum, dass grüne Finanzprodukte nur einen weiteren Absatzmarkt für Banken bilden, sondern dass Banken ihren eigenen Laden sauber halten. Nachhaltige Produkte anbieten kann nur, wer auch selber nachhaltig ist. Banken müssen ausserdem lernen, dass Finanzierung kein Selbstzweck ist, sondern ein Mittel zur Förderung von Investitionen, die der Gesellschaft als Ganzes nützen.» Das ist ein hochgestecktes Ziel, denn die Bankenlobby bleibt nicht untätig. So schlug sie vor, dass Banken bei der Vergabe grüner Kredite von geringeren Eigenkapitalanforderungen profitieren sollten und sich damit höher verschulden dürften. Dies könnte ihre Stabilität schwächen. Bisher hat sich die Idee, auch dank der Intervention von Finance Watch, in Brüssel nicht durchgesetzt.

www.finance-watch.org

Bärbel Bohr ist Bloggerin bei den Vorbänkern (dievorbaenker.wordpress.com) und seit 2012 Mitglied bei Finance Watch.



Auf ins Abenteuer!

Die Finanzkrise war auch eine Krise der Finanzmethoden – insbesondere des Risikomanagements. Dabei kam der Begriff des Risikos ursprünglich ins westliche Denken durch Handels-treibende, die auf

Vorsicht bedacht waren. Was ist da bloss schiefgelaufen in den letzten paar hundert Jahren? Zur Kulturgeschichte eines Begriffs, der eine erstaunliche Wandlung durchgemacht hat.

Text: Roland Fischer

«Wer nichts wagt, gewinnt nichts.» Oder eher: «No risk, no fun»? Die beiden Sprichwörter stecken das Bedeutungsfeld des Risiko-Begriffs anschaulich ab: Riskiert man etwas, weil man ein gutes Geschäft wittert? Oder wagt man ein Abenteuer, um seinen Mut zu beweisen beziehungsweise des puren Nervenkitzels wegen? Mit anderen Worten: Spielcasino oder Drachenkampf? Nicht umsonst wird der Börsenspekulant in der Populärkultur gern als Hasardeur gezeichnet: immer bereit, ein wenig mehr Risiko als die anderen einzugehen, ein Draufgänger, der mit Millionen jongliert, als wäre nichts dabei. Aber tut er das aus Gier oder aus Langeweile?

Vom Ritter zum Kaufmann

Tatsächlich ist der Begriff «Risiko» via Geld in unsere Kultur gekommen, im 16. Jahrhundert. Und da zeigt sich: Das Bild vom risikobereiten Hasardeur könnte falscher nicht sein. Das Risiko, das wir hier meinen, ist eigentlich Risikoverminderung oder bestenfalls sogar -vermeidung. Es ist ein kühl kalkuliertes Wagnis, ein Ausschliessen von bösen Überraschungen. Das erste Mal von «Risiko» redeten Handelsgesellschaften im Zusammenhang mit riskanten Fahrten um die halbe Welt mit Schiffen,

deren Bäuche voller wertvoller Ware waren. Da ging es nicht eigentlich um riskante Geschäfte, sondern um den Versuch, sich gegen Havarien abzusichern – damit am Schluss ein möglichst grosser Gewinn blieb, auch wenn vielleicht etwas schiefging. Das Wort geht wohl auf die griechischen Navigationsbegriffe «rhizikon», «rhiza» zurück, die sowohl Wurzel wie auch «ins Wasser reichender Felsen» bedeuten und zur Metapher für «Gefahren beim Navigieren auf See» wurden.

Zuvor war das Wagnis in der westlichen Kultur ganz anders konnotiert. Der Ritter im Mittelalter hat das Risiko – oder damals eben noch das Abenteuer («auventura») – gesucht, um seine Tapferkeit zu beweisen und damit Ansehen zu gewinnen. Bei Chrétien de Troyes heisst es, das Abenteuer komme als Windhauch ans Ohr derjenigen, die von Herausforderungen hörten. Wenn es von dort nicht den Weg ins Herz des Ritters finde und zur Tat führe, sei es verloren. Wenig später taucht das Risiko dann neben dem geläufigen Ausdruck «Abenteuer» auf, und zwar in einem Buchhaltungsbuch von 1518 – in der Wendung, dass «auf sein Auventura und Risigo» zu handeln sei. Von da ist es nicht mehr weit zum Kalkül und Sicherheitsdenken der Handelstreibenden. Zu viel Risi-

ko und Abenteuer kann von nun an rasch ins Auge gehen und dabei rein gar nichts abwerfen. Anders gesagt: Risiko nimmt man in Kauf, Abenteuer sucht man. Der Historiker Hiram Kümper kommt im Zusammenhang mit diesen Bedeutungsverschiebungen zum Schluss, dass wir es bei der frühen Neuzeit mit einer «abenteuerlosen Zeit» zu tun haben.

Aufstieg naturwissenschaftlicher Methoden

Heute geht es allerdings wieder abenteuerlicher zu, zumal an den Finanzmärkten. Dies nicht zuletzt, weil sich da nach dem Zweiten Weltkrieg neue Freibeuter etabliert haben: Es beginnt die hohe Zeit des Venture-Capitals – womit wir, zumindest wortgeschichtlich, wieder zurück beim Abenteuer wären. Am Anfang steht die American Research and Development Corporation. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg vom «father of venture capitalism» Georges Doriot in Harvard gegründet, sollte die Firma bald die Art und Weise auf den Kopf stellen, wie Geschäfte finanziert und Investments getätigt wurden. Und so nichtssagend der Name seiner Pionierfirma auch ist – eines kann man daraus schon ablesen: Forschung und Wissenschaft spielten dabei eine entscheidende Rolle.

Schon die alten Handelshäuser hatten mit mathematischen Methoden – vor allem mit der neu entwickelten Wahrscheinlichkeitsrechnung – versucht, das Risiko beherrschbar zu machen. Nun kamen die Physiker ins Spiel, die sich nach dem Krieg mit sehr zwiespältigem Selbstbewusstsein ins Wirtschaftswunder stürzten. Die Erfolge der statistischen Physik stärkten den Glauben an die grundsätzliche Berechenbarkeit der Welt: Auch wenn man nicht jedes einzelne Teilchen analysieren konnte, das Verhalten eines Gases – oder einer Bombe – liess sich mit den neuen mathematischen Werkzeugen bestens beschreiben. Die Zahlenjongleure aus den Naturwissenschaften überzeugten die Broker davon, dass Finanzmärkte auch nur Systeme mit vielen Freiheitsgraden seien, auf die sich die Methoden der statistischen Physik anwenden liessen – was herrliche neue Möglichkeiten eröffnete, mit Unwägbarkeiten umzugehen und sie (vermeintlich) berechnen- und kontrollierbar zu machen. Vor allem, als sich mit dem Aufkommen elektronischer Han-

delsplattformen in den 1980er- und 1990er-Jahren die Datenbasis erheblich verbesserte, schien das erstaunlich gut zu funktionieren. Die neuen Methoden versprachen nicht unbedingt die Vorhersage von Trends, keine Kristallkugel also, sondern die Konstruktion von Modellen, die Fluktuationen von Wertpapierkursen richtig beschrieben. Damit wurden Deals vorstellbar, die zuvor noch als, nun ja, sehr abenteuerlich angesehen worden wären. Immer komplexere strukturierte Produkte wurden gezimmert, die selbst in der «NZZ» das Prädikat «undurchschaubar» bekamen. Die darin eingeschlossenen Risiken wurden mit mathematischen Zauberformeln gebannt.

Wir wissen, wie die Geschichte ausging: Die Finanzkrise zeigte, dass das Risiko doch grösser war, als die Branche während einiger goldener Jahrzehnte suggeriert hatte. Manchen Expertinnen und Experten dämmerte es schon vor dem grossen Knall. Die Investorenlegende Warren Buffett zum Beispiel nannte Derivative, die zu Spekulationszwecken gehandelt werden, schon 2002 «financial weapons of mass destruction». Es scheint ganz so, als wären wir noch nicht viel weiter gekommen, was die Kontrolle des Risikos angeht. Aber vielleicht wollen wir das ja auch gar nicht, vielleicht wollen wir weiter Glücksritter sein, Abenteurer zwischen Gottesfurcht, Schicksalsergebenheit und der Möglichkeit, unser eigenes Glück zu schmieden. Oder wie der Soziologe Dirk Baecker gesagt hat: «Risiko ist der verborgene Gott der modernen Gesellschaft: Man sucht es, man meidet es, man fürchtet es und weiss nie, wer wann zum Sünder wird.»

Die Risiken wurden mit mathematischen Zauberformeln gebannt.

Unser Land für zahlbares Wohnen

Die Terra Schweiz AG will zusammen mit der Habitare Schweiz AG Liegenschaften dauernd der Spekulation entziehen sowie nachhaltig zahlbares Wohnen sichern und fördern.

Wollen Sie Ihre Liegenschaft zu einem fairen Preis verkaufen?

Wir suchen Mehrfamilienhäuser ab 8 Wohnungen in der gesamten deutschen Schweiz. Wir garantieren einen fairen Umgang mit den bestehenden Mieterinnen und Mietern und erhalten günstiges Wohnen.



Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme:
T 052 202 80 80
info@terra-wohnen.ch
www.terra-wohnen.ch

Wollen Sie Ihr Geld Gutes bewirken lassen?

Das Rüttihubelbad ist ein besonderer Ort. Wahrscheinlich liegt das auch an der anthroposophischen Grundlage, die hier weltoffen gelebt wird. Jeder Mensch wird als Individuum ernst genommen, gleichzeitig ist er aber auch ein wertvoller Teil der Gemeinschaft, die hier miteinander tätig ist. Das Rüttihubelbad ist sehr vielfältig. Ein Alterswohn- und Pflegeheim, eine Sozialtherapeutische Gemeinschaft, ein Hotel/ Restaurant und ein Museum ergänzen sich wunderbar und werden durch diverse kulturelle Aktivitäten verbunden.

Das Rüttihubelbad ist wunderschön gelegen. Eingebettet in den sanften Hügeln des Emmentals mit Blick auf die Berner Alpen, nur eine gute halbe Stunde von Bern, Thun und Burgdorf entfernt.

Seit vielen Jahren bietet die Stiftung Rüttihubelbad die Möglichkeit an, Geld für eine sinnvolle Sache anzulegen. Mit der Zeichnung von Obligationen unterstützen Sie unser soziales und kulturelles Engagement. Sie können das mit folgenden Rahmenbedingungen tun:

- Sie können die Laufzeit frei zwischen 3 und 10 Jahren wählen.
- Sie wählen Ihren Zinssatz aus den angebotenen Möglichkeiten zwischen 0 und 2%.
- Ihre Obligation wird ab der Einzahlung verzinst, bis Ende 2018 können Sie noch Obligationen mit einer Laufzeit ab 1. September 2018 zeichnen.
- Als Dank für Ihr Vertrauen erhalten Sie von uns ein Geschenk und – wenn Sie sich für einen Zinssatz von max. 1,5% entscheiden – auch unseren „Gönnerausweis“. Dieser berechtigt Sie zum freien Eintritt in (fast) alle kulturellen Veranstaltungen und in das Sensorium des Rüttihubelbad und Sie erhalten auf die Einkäufe in unserem Lade-Kafi einen Rabatt von 10%.

Gerne geben wir Ihnen weitere Informationen!

Rüttihubelbad 

Michael Martig, Geschäftsleiter Stiftung Rüttihubelbad
www.ruettihubelbad.ch
michael.martig@ruettihubelbad.ch / 031 700 82 80

mehr als Urlaub ganz in Ihrer Nähe

www.holzleiten.at




BIO HOTELS
mehr als Hotel

Der Verein BIO HOTELS umfasst eine Vielzahl ökologischer Hotels in insgesamt sechs europäischen Ländern. Was uns eint, ist der Nachhaltigkeitsgedanke. Wir sind wertschätzend, achtsam, ehrlich und authentisch im Umgang mit unserer Umwelt. Diese Werte werden von uns bewusst gelebt und für den Gast erlebbar gemacht.

www.biohotels.info/gruezi

www.be-oh.at

DIE SEITEN DER ABS

Foto: zvg



«ICH BRINGE IMMER DIE PERSPEKTIVE DER GESAMTBANK EIN»

Seit 2017 leitet Anna-Valentina Cenariu bei der Alternativen Bank Schweiz die Fachstelle Nachhaltigkeit. Sie erklärt, warum auch eine sozialökologische Bank wie die ABS eine Nachhaltigkeitsstelle braucht und worin ihre tägliche Arbeit besteht.

Interview: Katharina Wehrli

moneta: Anna-Valentina Cenariu, was sind Ihre Aufgaben als Leiterin der Fachstelle Nachhaltigkeit?

Anna-Valentina Cenariu: Als ich vor ein- einhalb Jahren anfang, führte ich mit allen Abteilungen Interviews und prüfte sämtliche Statuten und Reglemente. Ich fragte: Wofür steht die ABS, wo möchten wir hin - und was tun wir wirklich? Abgeleitet von dieser Analyse, habe ich ein Strategiepapier entwickelt, das Nachhaltigkeitsziele und -massnahmen definiert. Jetzt setze ich diese Massnahmen zusammen mit den Abteilungen um.

Zu meinen Aufgaben gehört, dafür zu sorgen, dass wir konsistent handeln und ein einheitliches Verständnis davon haben, was Nachhaltigkeit für uns bedeutet. Die Grundsätze sind ja in den Anlage- und Kreditrichtlinien definiert, jetzt geht es darum, sie für die tägliche Arbeit herunterzubrechen. Ich schaue, welche Arbeitshilfen die Mitarbeitenden brauchen, und kreierte Leitlinien für das tägliche Handeln. Bei den Krediten etwa muss nachvollziehbar sein, warum wir gewisse Unternehmen finanzieren und andere nicht. Langjährige Mitarbeitende wissen viel darüber, aber neue Mitarbeitende brauchen Orientierungshilfen. Meine Aufgabe ist, Prozesse zu definieren und dadurch mehr Transparenz und Klarheit zu schaffen.

Wo liegen spezielle Herausforderungen?

Eine Herausforderung ist, dass Mitarbeitende oder Führungspersonen manchmal in ihrem Bereich etwas umsetzen, aber zu fragen vergessen, was es für die gesamte

Bank heisst. Wenn wir etwa in der Unternehmensanalyse Firmen ausschliessen, da wir sie als nicht nachhaltig definieren, können wir bei ihnen auch keine Waren oder Dienstleistungen mehr beziehen. Deshalb muss ich immer die Perspektive der Gesamtbank einbringen.

Bieten Sie auch Schulungen an?

Ja. Das erste Schulungsmodul für neue Mitarbeitende hat zum Thema «Nachhaltigkeit bei der ABS» - zuerst ganz grundsätzlich: Woher kommt Nachhaltigkeit? Wie hat sich das Thema in den letzten fünfzig Jahren entwickelt? Dann gezielt: Was heisst das für die ABS? Zudem biete ich die Veranstaltungsreihe «Nachhaltigkeit am Mittag» an, in der ich Mitarbeitende über das Bankgeschäft hinaus sensibilisiere, beispielsweise aufzeige, was man als Konsumentin oder Konsument tun kann. Ich habe mir auch vorgenommen, alle drei Monate einen Nachhaltigkeitstipp per E-Mail zu verschicken, etwa zur Frage: Wie kann ich weniger Plastik verbrauchen?

Sie haben die neue Nachhaltigkeitsstrategie der ABS erwähnt. Was sieht diese für die kommenden Jahre vor?

Die Strategie deckt jene Bereiche ab, in denen wir punkto Nachhaltigkeit die grösste Wirkung haben: An erster Stelle das Kreditgeschäft, dann das Anlagegeschäft und unsere eigenen Finanzanlagen, drittens, wie wir mit unseren Mitarbeitenden umgehen, viertens unser Einsatz für die Gesellschaft, und an fünfter Stelle die Betriebsökologie. Zudem umfasst die Strategie übergreifende Themen: Wie vermitteln und managen wir das Thema Nachhaltigkeit? Wie können wir unsere nachhaltige Wirkung messen? Im Ergebnis haben wir rund 25 Massnahmen definiert, die in den kom-

menden drei Jahren umgesetzt werden sollen. Nachzulesen sind sie im neuen Nachhaltigkeitsbericht (siehe Textbox). Ab 2019 werden wir jährlich im Nachhaltigkeitsbericht Rechenschaft ablegen, wo wir mit der Umsetzung stehen.

Gibt es Massnahmen, die bereits umgesetzt werden?

Ja. In der Unternehmenskultur wollen wir das betriebliche Gesundheitsmanagement sowie die Personal- und Führungsentwicklung intensivieren. Auf der Kreditseite aktualisieren wir unser Immobilienrating. Unser bestehendes Rating ist zehn bis fünfzehn Jahre alt, die gesetzlichen Vorgaben wurden inzwischen verschärft. Deshalb haben wir entschieden, es zu aktualisieren und wieder visionärer zu gestalten.

Gibt es weitere Massnahmen, die Sie als besonders wichtig erachten?

Die ABS hat in den Statuten festgehalten, dass sie die Gesellschaft für Themen wie Wirtschaft, Geldsystem oder Nachhaltigkeit sensibilisieren will. Mit der moneta und den Geldgesprächen machen wir das schon gut, aber es ist zu wenig. Beide Vehikel sprechen vor allem unsere Kundinnen und Kunden an. Gemäss Statuten müssen wir aber die Gesellschaft über unseren Kundenkreis hinaus sensibilisieren. Deshalb wollen wir die Öffentlichkeitsarbeit ausweiten. Dabei geht es nicht darum, neue Kundinnen und Kunden zu gewinnen, sondern um Öffentlichkeitsarbeit, losgelöst vom Geschäftserfolg.

Eine weitere Massnahme betrifft die Frage, wie wir unsere Wirkung messen können. Ich arbeite in einer Gruppe der Global Alliance for Banking on Values mit, in der wir ein Grundmodell entwickeln, um die Wirkung von sozialökologischen Banken zu messen. Bis jetzt messen wir ja erst, wohin das Geld fliesst – wie viel in die Förderbereiche –, nicht aber die nachhaltige Wirkung des Geldes.

Wie lässt sich denn die soziale oder die ökologische Wirkung messen?

Wir stehen selbst noch am Anfang mit diesem Projekt. Vergleichsweise einfach zu messen ist beispielsweise, wie viele Kilowattstunden erneuerbare Energien oder wie viele Quadratmeter genossenschaftlichen Wohnraum wir finanziert haben. Solche Zahlen kann man sammeln. Schwierig wird es, wenn man die Wirkung im Kulturbereich messen will. Das hat seine Grenzen. Das ist auch richtig so, denn sonst fängt man an, nur noch zu messen, statt zu wirken.

Seit drei Monaten hat die ABS einen neuen Nachhaltigkeitsausschuss. Was ist seine Aufgabe?

Der Ausschuss steht mir zur Seite als unterstützendes und kontrollierendes Gremium. Es gab diesen Ausschuss ja schon länger, bis anhin bestand er aber aus der Geschäftsleitung. Ich habe initiiert, dass wir ihn neu zusammenstellen. Nun sind Mitarbeitende aus allen Standorten und Abteilungen vertreten. Das Gremium schaut Nachhaltigkeitsthemen abteilungsübergreifend an, etwa wenn wir neue Produkte entwickeln, oder es prüft Grundlagendokumente, die ich erarbeite, wie den neuen Beschaffungsleitfaden. Seine Hauptaufgabe ist daher, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu begleiten und bei einem allfälligen ethischen Dilemma Empfehlungen an die Geschäftsleitung abzugeben.

Sie haben fast Ihr ganzes bisheriges Berufsleben der Förderung von Nachhaltigkeit gewidmet.

Was motiviert Sie, sich Tag für Tag dafür einzusetzen?

Mich motiviert, dass ich selber einen Beitrag leisten kann, damit die Umwelt sich verbessert und die Gesellschaft sich weiterentwickelt. Eigentlich habe ich zwei Auftraggeber: einerseits die ABS als eigentliche Arbeitgeberin, andererseits handle ich im Auftrag der Gesellschaft und der Umwelt. Es ist wie eine zweiseitige innere Verpflichtung: Es geht ja darum, dass die ABS sich so weiterentwickelt, dass sie noch mehr für die Umwelt und die Gesellschaft tun kann, auch wenn das nicht immer einfach ist. Denn zu sagen, dass man nachhaltig sein möchte, ist das eine, konsequent danach zu handeln, das andere. Es ist menschlich, Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen. Da ist es meine Aufgabe, darauf zu beharren und zu sagen: Wir schreiben das in unseren Statuten, also müssen wir es auch tun, ob angenehm oder nicht.



92 VON 100 PUNKTEN

Auch 2017 erhält die ABS für ihre Nachhaltigkeitsleistung Bestnoten. Das zeigt der neue Nachhaltigkeitsbericht der Bank. Sie erzielt auf der Sustainable Banking Scorecard der Global Alliance for Banking on Values 92 von 100 Punkten. Die Scorecard und die Kennzahlen zur betrieblichen Nachhaltigkeit zeigen aber auch, wo sie noch Luft nach oben vorhanden ist.

Im Nachhaltigkeitsbericht zeigt die Bank jedes Jahr auf, wie sie sich für die Gesellschaft und die Umwelt einsetzt. Zudem legt sie Rechenschaft darüber ab, wie gut sie ihre eigenen Ansprüche punkto Nachhaltigkeit erfüllt.

Den neusten Bericht finden Sie unter

Über die ABS → Berichte → Nachhaltigkeitsbericht.

OLIVIER SCHOTT LÖST NATHALIE RUEGGER AB

Fotos: zvg



Olivier Schott



Nathalie Ruegger

Mitte Juni hat Olivier Schott die Leitung der Anlageberatung der ABS in der Romandie übernommen. Er hat Nathalie Ruegger abgelöst, die bei der ABS neu als Senior Anlageberaterin arbeitet. Olivier Schott bringt über zwanzig Jahre Erfahrung in der Anlageberatung mit. Er war unter anderem bei der Hyposwiss Private Bank, bei RAM Capital sowie viele Jahre im UBS Wealth Management tätig, wo er auch Leitungsfunktionen innehatte. Zuletzt arbeitete er bei Swiss Basketball, wo er sich sehr für den Nachwuchs engagiert hat.

Nathalie Ruegger ist seit 1997 bei der ABS tätig und half massgeblich mit, die Anlageberatung in der Romandie aufzubauen. Wir danken ihr herzlich für ihr grosses Engagement und freuen uns, dass sie uns mit ihrem Wissen und ihrer grossen Erfahrung erhalten bleibt.

NEUES ABS E-BANKING LANCIERT

Im Juni hat die Alternative Bank Schweiz ihr E-Banking auf eine neue, komplett überarbeitete Version umgestellt. Die wichtigsten Neuerungen auf einen Blick:

- Die neue Startseite gibt einen guten Überblick über das Vermögen und die Buchungen auf allen Konten.
- Alle Kontobewegungen können als Grafik dargestellt werden.
- Zahlungen lassen sich einfacher erfassen: Personen und Institutionen, an die schon einmal eine Zahlung gemacht wurde, werden bei einer neuen Zahlung als Empfängerin oder Empfänger vorgeschlagen und ihre Daten vorausgefüllt.
- Mit der neuen Suchfunktion lassen sich Zahlungen leicht finden, ob hängig oder bereits ausgeführt.
- Die E-Dokumente sind besser zugänglich und übersichtlicher abgelegt.
- Die Benutzeroberfläche ist für verschiedene Bildschirmgrössen optimiert: Ob PC oder Tablet, das E-Banking lässt sich bequem bedienen.

Sie haben noch keinen Zugang zum ABS E-Banking? Jetzt beantragen:
www.abs.ch/e-banking-beantragen

ABS - BLEIB DIR TREU!

885 Kundinnen und Kunden der Alternativen Bank Schweiz (ABS) haben sich Anfang 2018 an der vom Forschungsinstitut GFS Zürich durchgeführten Online-Umfrage beteiligt. Die Bank wollte wissen, wie zufriedenen Kundinnen und Kunden mit ihren Dienstleistungen sind, wie die Beratung am Telefon und im persönlichen Gespräch erlebt wird und welche Erwartungen in Zukunft an die Bank gestellt werden. Über die Ergebnisse darf sich die ABS freuen: Die Rückmeldungen sind durchs Band sehr positiv. Nichtsdestotrotz gibt es immer etwas zu lernen und zu verbessern. Die Fülle an Informationen aus der Befragung fliesst nun gezielt und sukzessive in die Strategie- und Projektarbeit ein. Die Bank dankt allen, die sich die Zeit genommen haben, ein Feedback zu geben.

Die wichtigsten Ergebnisse:

92 Prozent

der Kundinnen und Kunden sind über alles gesehen zufrieden oder sehr zufrieden mit der ABS.

Für 81 Prozent

erfüllt die ABS die Erwartungen an eine nachhaltige Bank, und für 11 Prozent übertrifft sie diese sogar.

Kritik

äussern einzelne Kundinnen und Kunden (rund 5 Prozent) vor allem am E-Banking der ABS und an den Negativzinsen. Ersteres ist unterdessen komplett erneuert worden. In Bezug auf Letzteres geht die Bank davon aus, dass die Ära der Negativzinsen im Verlauf der nächsten zwei Jahre zu Ende geht.

Zukunft

Für die nächsten zehn Jahre wünscht sich die Mehrheit der Kundinnen und Kunden vor allem, dass die ABS ihren Grundsätzen treu bleibt und noch mehr eine starke und hörbare Alternative zu anderen Banken und Vorbild für diese wird. Dabei soll sie sich Entwicklungen wie der Digitalisierung gegenüber nicht verschliessen, aber auch die Hausaufgaben bei Produkten und Service nicht vergessen.

GUTES HALBJAHR FÜR DIE ABS

Obwohl die ABS im ersten Halbjahr zahlreiche neue Kundinnen und Kunden gewonnen hat, sind die Kundengelder um 19 Millionen auf 1,54 Milliarden Franken gesunken. Der Grund dafür ist, dass die ABS Anfang April die Zinsen auf verschiedenen Konten senkte. Viele Kundinnen und Kunden legten deshalb einen zusätzlichen Anteil ihres Geldes längerfristig an oder zeichneten mehr ABS-Aktien. Die gesamthaft verwalteten Vermögen nahmen denn auch um 7 Millionen auf 1,927 Milliarden zu.

Die Kundenausleihungen stiegen in den ersten sechs Monaten um 2 Prozent und betragen Mitte Jahr 1,36 Milliarden Franken. Per Mitte Jahr wies die Bank eine Bilanzsumme von 1,74 Milliarden Franken aus, den Erwartungen entsprechend ist das ein kleiner Rückgang von 0,3 Prozent.

Bei der Mobilisierung neuer Eigenmittel ist die ABS 2018 sehr gut unterwegs: Seit Ende 2017 konnten rund 316 neue Aktionärinnen und Aktionäre gewonnen werden. Damit wird die Bank heute von 6784 Personen und Institutionen mitgetragen. Per 30. Juni 2018 sind bereits ABS-Aktien von über 11,6 Millionen Franken gezeichnet worden. Mit einer risikogewichteten Eigenkapitalquote von gut 20 Prozent übertrifft die ABS aktuell die regulatorischen Vorgaben deutlich.

Der Nettoerfolg aus dem Zinsengeschäft betrug im ersten halben Jahr 10,3 Millionen Franken, der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft betrug 2,4 Millionen Franken. Der Geschäftsaufwand belief sich auf rund 10 Millionen Franken. Das sind gegenüber der Vorjahresperiode 12 Prozent mehr. Unter dem Strich resultiert ein Halbjahresgewinn von rund 3 Millionen Franken. Die ABS erwartet, ihre finanziellen Ziele bis Ende Jahr zu erreichen.

ABS in Zahlen

Anzahl Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer
1044

Anzahl ABS-Aktionärinnen und Aktionäre
6784

Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
106

Kundengelder
CHF 1 543 893 000

Kundenausleihungen
CHF 1 359 908 000

Bilanzsumme
CHF 1 739 363 000

Eigene Mittel
CHF 176 858 000

Risikogewichtete Eigenkapitalquote
20,13 Prozent

Halbjahresgewinn
CHF 3 152 000

ABS-GELDGESPRÄCHE

GESCHÄFTS-MODELL SOLIDARITÄT

Dienstag, 16. Oktober 2018,
18.15 Uhr, ABS-Hauptsitz in Olten

Wie gelingt es, dass Armut und wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Norden und Süden kleiner werden? Gebana, Oikocredit und Crowd Container, drei Kunden der ABS und des Innovationsfonds, zeigen, wie sie mit ihrer Geschäftsidee zur solidarischen Entwicklung der Welt beitragen.



Foto: zvg

STARK FÜR ENGAGIERTE MENSCHEN

Donnerstag, 15. November 2018,
18.15 Uhr, ABS-Hauptsitz in Olten

Emanzipierte und engagierte junge Menschen braucht die Welt. Five up, Durchstart und Tsüri, drei Projekte, die vom Innovationsfonds der ABS unterstützt werden, machen sich für dieses Anliegen stark. Sie berichten über ihre Lösungsansätze und die aktuellen Herausforderungen.



Foto: zvg

Weitere Informationen und Anmeldung:
www.abs.ch/geldgespraeche

WICHTIGER HINWEIS ZU DEN INSERATEN UND BEILAGEN IN DER MONETA

Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

2011 kam eine Handvoll Familien aus Neuenburg auf die Idee, ein ökologisches Haus in der Stadt mit einem Gemeinschaftsgarten bauen zu lassen. Sie fanden das ideale Stück Land dafür und den geeigneten Architekten. Doch fast wäre das Projekt wegen eines Planungsfehlers gescheitert. Dank der Hartnäckigkeit der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner und der Hilfe der ABS wird das Haus im nächsten Frühling fertig sein. Rückblick auf ein Projekt mit ständigem Auf und Ab.

Text: Sylvie Ulmann

EINE STÄDTISCHE OASE



Mitten im Stadtzentrum Neuenburg entsteht ökologischer Wohnraum für mehr als 40 Personen (im Bild eine Visualisierung).

Im Mai 2019 ziehen endlich die ersten Mieterinnen und Mieter ins Gebäude der Genossenschaft Coopérative d'en face (CDEF) ein. Auf der Parzelle «Vieux-Châtel», nur wenige Gehminuten vom Bahnhof Neuenburg entfernt, entstehen insgesamt 21 Wohnungen. Das Areal, auf dem sich einst die Stadtgärtnerei befand, gehört der Stadt Neuenburg. Einige verfallene Gebäude, die sich noch auf dem Grundstück befanden – darunter ein Holzschuppen –, wurden renoviert und beherbergen jetzt Wohnungen: drei 3-Zimmer-Maisonettewohnungen, einen Gemeinschaftsraum, die Waschküche und die Kellerräume. Die anderen achtzehn 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen sind in einem direkt dahinter liegenden Neubau untergebracht. Das neue Gebäude ist ein kompakter Bau mit einer Betonstruktur und Holzbauelementen sowie einer 44 Zentimeter dicken Wärmedämmung. Es wird ans Fernwärmenetz angeschlossen. Die 103 Photovoltaik-Elemente auf dem Dach produzieren 30 000 kWh Strom pro Jahr und decken somit zwei Drittel des Strombedarfs der 21 Haushalte. Rund vierzig Prozent des Solarstroms werden für den Eigenverbrauch genutzt, der Rest wird ins Netz eingespeist.

Projekt der CDEF überzeugte die Stadt

Das Abenteuer der Genossenschaft CDEF begann 2011. Sieben Familien träumten von ökologischem Wohnraum im Stadtzentrum – ohne Parkplätze, dafür mit Velos

für alle, da es ihnen logisch erschien, in der Stadt auf den Langsamverkehr zu setzen. Die Stadt Neuenburg ihrerseits wollte das Areal «Vieux-Châtel» aufwerten und darauf Wohnungen errichten. Zuerst entschied sich die Stadt für einen Immobilienentwickler, der auf dem Grundstück 34 Wohnungen und Parkplätze errichten wollte. Das Konzept entsprach zwar dem Anspruch nach innerer Verdichtung, doch es stiess bei den Anwohnerinnen und Anwohnern auf Widerstand. Diese hatten nichts gegen einen Neubau, sehr wohl aber gegen die Zubetonierung des Grundstücks, und forderten die Errichtung eines Parks.

Die Stadt ging noch einmal über die Bücher und erstellte in einem partizipativen Prozess mit den im Quartierverein organisierten Anwohnerinnen und Anwohnern ein städtebauliches Konzept. Dieses begrenzt die Nutzung der Fläche auf den Bau eines einzigen vierstöckigen Gebäudes und eines Gartens sowie den Umbau der bestehenden Gebäude unter Wahrung ihres architektonischen Charakters. Der Bau einer Garage wurde ausgeschlossen, denn die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner sollten auf Privatautos verzichten. Das Projekt der CDEF, das auf ethischen Richtlinien beruht und dem Langsamverkehr den Vorzug gibt, erfüllte diese Anforderungen geradezu perfekt. So räumte die Stadt der Genossenschaft ein Baurecht für die Dauer von siebenzig Jahren ein. Dieses wird nun so-

gar auf 99 Jahre verlängert, um die Kreditgeberinnen und -geber zufriedenzustellen und somit die Finanzierung zu erleichtern.

Verzögerung wegen eines Berechnungsfehlers

Das städtebauliche Konzept verlangte zudem die Durchführung eines Architekturwettbewerbs. Eine Arbeitsgruppe aus rund fünfzehn Mitgliedern der Genossenschaft erarbeitete die Wettbewerbsvorgaben. Yves Froidevaux, Gründungsmitglied und Mitglied des Genossenschaftsrats der CDEF, vertritt aktuell die Bauherrschaft und überwacht ehrenamtlich die Arbeiten auf der Baustelle. Er erinnert sich: «Es war uns wichtig, ein gutes Gleichgewicht zwischen öffentlichem und privatem Raum zu schaffen. Wir wollten, dass Begegnungsräume vorhanden sind, dass aber auch jede Wohnung über ihren eigenen privaten Aussenraum verfügt. Um die Durchmischung zu fördern, wollten wir Wohnungen sehr unterschiedlicher Grösse.» Die Wohnungsgrösse entscheidet darüber, an wie viele Personen die Wohnung vergeben wird: Die 2-Zimmer-Wohnungen sind für Einzelpersonen vorgesehen, während die 5-Zimmer-Wohnungen Haushalten mit mindestens vier Personen vorbehalten sind. Die Neu- und Umbaukosten wurden von der Immobilienberatungsfirma Wüest&Partner auf 6,5 Millionen Franken geschätzt. Ende 2014 beteiligten sich neun auf ökologischen Wohnungsbau spezialisierte Architekturbüros am Wettbewerb, den das Büro 123 Architekten aus Biel schliesslich für sich entschied. Die im Siegerprojekt vorgeschlagene Block-anstelle einer Riegelform überzeugte die Jury, bestehend aus Architektinnen und Architekten sowie Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Neuenburg, des Quartiervereins und der Genossenschaft.

Die Bauarbeiten wurden aber letztlich erst im September 2017 aufgenommen, denn in der Zwischenzeit standen die Mitglieder der CDEF vor der grossen Herausforderung, die Finanzierung des Projektes zu sichern. Es stellte sich sehr schnell heraus, dass sich die Immobilienexpertinnen und -experten verrechnet hatten. In ihren Berechnungen hatten sie sich auf den Durchschnittspreis einer Standardwohnung in Neuenburg gestützt. Doch die Kosten für den Neubau der CDEF, der dem städtebaulichen Konzept genügen und dem Minergie-P-Standard entsprechen sollte, waren fünfzig Prozent höher. Das war ein Schock.

Die tapferen Genossenschafterinnen und Genossenschafter liessen sich von diesem Rückschlag jedoch nicht entmutigen. Sie waren bereit, Kompromisse einzugehen, um ihren Traum zu retten, und überarbeiteten ihr Projekt. So stieg die Anzahl Wohnungen von 17 auf 21. Man verzichtete auf das Gästezimmer und auf die Dachterrasse auf dem Hauptgebäude. Die Grösse des Gemeinschaftsraums wurde verringert. Doch trotz aller Bemühungen lag das Budget noch immer bei 9,7 Millionen Franken.

Breit abgestützte Finanzierung

Die Genossenschaft begab sich auf die Suche nach der Finanzierung. Der Kanton gewährte ihr ein Darlehen von 700 000 Franken auf 25 Jahre, der Dachverband Wohnbaugenossenschaften Schweiz gab eine Million mit gleicher Laufzeit, die Stadt sprach 196 000 Franken auf dreissig Jahre. Dazu kamen die Genossenschaftsanteile und private Darlehen, doch es galt immer noch, eine Bank zu finden, welche die restlichen 6,4 Millionen ausleihen würde. «Wir wollten mit einer Bank arbeiten, deren Philosophie mit unseren ökologischen, ethischen und gesellschaftlichen Vorstellungen in Einklang steht»,

Foto: zgg



Die Initianten des Projekts zeigten viel Hartnäckigkeit (von links): Fabien Nicolet, Christopher Richard, Gaëtan Milliard, Yves Froidevaux.

betont Yves Froidevaux. Damit waren die traditionellen Grossbanken aus dem Rennen, und es gab nur noch eine Handvoll Anbieter. Die ABS kam schnell ins Spiel: «Mehrere Genossenschafter haben ihr Konto bei der ABS und kannten sie bereits. Doch vor allem teilt sie im Gegensatz zu anderen Banken die Werte, die uns wichtig sind. Sie ist langfristig und nicht auf Spekulation ausgerichtet. Wir sprechen dieselbe Sprache! Bei der ABS fühlten wir uns sofort verstanden», fasst er zusammen.

Die Gespräche begannen 2015, doch die Bank musste den Enthusiasmus schnell dämpfen. Es fehlte an Eigenkapital. «Wir hatten den Genossenschaftsanteil auf 2000 Franken festgesetzt. Das ist sehr tief, doch die Idee war, wirklich die Durchmischung zu fördern», erläutert Froidevaux.

Die Genossenschafter versuchten schliesslich erneut, ihr Projekt zu redimensionieren, doch es war unmöglich, weitere Abstriche zu machen, ohne auf wesentliche Punkte zu verzichten. «Wir zogen sogar in Betracht, zwei zusätzliche Geschosse zu bauen, doch dazu hätte das ganze Verfahren neu aufgerollt werden müssen: die Planaufgabe, der Wettbewerb usw. Das hätte den Baubeginn um fünf bis zehn Jahre verzögert.» Die Verzögerung hätte das Projekt gefährden können, denn seit 2011 hatten bereits fünf Familien, die zu den Initiantinnen und Initianten gehört hatten, das Handtuch geworfen – glücklicherweise waren aber auch neue Genossenschafterinnen und Genossenschafter dazugekommen. Es blieb nur eine Lösung: den Preis für die Genossenschaftsanteile zu erhöhen. «Wir einigten uns schliesslich auf 7000 Franken pro Genossenschaftsanteil. Das ist viel mehr, als wir anfänglich vorgesehen hatten, doch es blieb im Vergleich mit ähnlichen Genossenschaftsprojekten vernünftig», bekräftigt Froidevaux. Die Wohnungsgrössen sind glücklicherweise unterschiedlich genug, um eine gewisse soziale oder zumindest altersmässige Durchmischung zu gewährleisten. Die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner – bisher dreissig Erwachsene und zehn Kinder – sind zwischen 2 und 72 Jahre alt. Dazu werden noch weitere kommen, denn eine 3-Zimmer-Wohnung und ein Studio suchen zurzeit noch Abnehmerinnen oder Abnehmer. Interessierte bitte melden! Auch ein Eintrag auf der Warteliste lohnt sich, denn die persönliche Wohnsituation kann sich schnell ändern.

Dienstleistungen

Sinnvoll schenken

Online-Shop mit lauter Produkten, die in der Schweiz hergestellt werden: www.klickundgschaenk.ch

Nachhaltiges Rechtsberatungs- und Treuhandbüro

Wir streben mit unserer Dienstleistung eine positive Wirkung für unseren Kunden, die Umwelt und die Gesellschaft an. Aquilaw GmbH, Zürich www.aquilaw.ch

Selbst-/Konfliktmanagement

Sie wissen nicht weiter? Sie wollen sich einigen? Beratung, Coaching, Mediation oder aussergerichtliches Verhandeln könnten hilfreich sein. Erstkontakt kostenfrei, Terminbuchung online, Skype möglich. www.e-advokatur.ch

Engagiert und persönlich

Das Treuhandbüro mit ökologischer, sozialer und unternehmerischer Verantwortung. 8sam Treuhand GmbH, Luzern Tel. 041 362 11 23 www.8sam-treuhand.ch

Korrektorat mit Niveau

Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch. Flyer, Geschäftsbericht oder Buch: www.bertin.ch

Logo - Kommunikationsmittel - Website

Ich entwickle, überarbeite oder verfeinere die visuelle Sprache Ihrer Unternehmung. www.nicolehaller.ch

Wir machen Inhalt sichtbar.

Als Plakat oder Prospekt, als Cartoon oder Comic. www.stefanhaller.ch
www.schlorian.ch

manus bau und schreinerei

architektur, bauberatung, schätzungen, baubiologie, innen-ausbau, küchenbau und möbel. Tel. 031 381 10 28 www.manusbern.ch

bewegen - erkennen - gestalten

Coaching & Beratung Tel. 041 79 777 00 83 www.raffaelatanner.com

ENERGIE

1000 Solarkomponenten

rund um die Solartechnik IWS SOLAR AG, Tel. 052 386 28 82 www.iwsolar.ch

Ferien / Reisen / Erholung

www.yogaferien.ch

MEER als nur Ferien. Yoga-Wochen & -Weekends.

Das «etwas andere» Albergo

in Miglieglia! Ein romantisches kleines Hotel zum Abschalten und Ruhefinden! Tel. 091 609 19 35 www.casa-santo-stefano.ch

GEMEINSCHAFT

Internationale Gemeinschaften-Festivals, offen für Interessierte.

Jährlich Pfingsten oder Ende Juli und 28.12.-2.1. in Gemeinschaften in Deutschland. Und Beratung & Seminare zur weltweiten Gemeinschaftssuche/-gründung bei Basel: oekodorf@gemeinschaften.de Tel. 0049 7764 933999

GESUNDHEIT

Klassische Homöopathie für alle

mitten in Zürich claudiahaeny.ch
praxis@claudiahaeny.ch

LIEGENSCHAFTEN / WOHNEN

Zu verkaufen schöne, ruhig gelegene 2-Zimmer-Ferienwohnung in Waltensburg (Bündner Oberland). Ideal für Menschen, die abseits von Fun-Parks und Massen-Destinationen Ruhe suchen. VP 270 000.-

Tel. 043 321 31 47, M 079 214 75 67

Immobilienberatung Eduard Weisz

Verwaltung/Bewertung/Verkauf Sumatrastrasse 25, 8006 Zürich Tel. 043 343 11 01 www.immoprojekte.ch

CasaConsult – das andere

Immobilienbüro. Wir beraten Sie persönlich und verkaufen Ihre Liegenschaft zu fairen Bedingungen nach Grundsätzen des Hausvereins. Kt. BE, SO, AG, LU, FR, JU, NE. Im Tessin haben wir eine zweisprachige Vertretung. Tel. 031 312 95 14 www.casaconsult.ch

Eine junge Genossenschaft sucht

ein Wohn-/Gewerbehäus oder Bauland für ein gemeinschaftliches Wohnprojekt mit 5 bis 15 Wohneinheiten in der Stadt Zürich. Gerne auch im Baurecht. Wohngenossenschaft Felix, c/o Ralph Mueller M 079 779 36 64 kontakt@wo-felix.ch
<http://wo-felix.ch>

MARKTPLATZ



Auf dem Marktplatz treffen sich Menschen mit guten Ideen, die Mittel für die Umsetzung ihres Projektes suchen, und Geldgebende, die etwas Sinnvolles unterstützen möchten.

Die Idee

Die Regeln für Banken werden immer strenger. Gesetze sind nötig, aber sie haben Nebenwirkungen: Für Vorhaben, die nicht ins Schema passen, wird es immer schwieriger, eine Bankfinanzierung zu erhalten. Die ABS schafft deshalb Wege, wie sie sinnvolle Ideen ohne die herkömmlichen Finanzierungsinstrumente unterstützen kann. Zum Beispiel den Marktplatz, wo Geld und Projekte direkt zusammenfinden.

So gehts

Bedingung für die Publikation eines Projektes ist, dass der Geschäftszweck einem Förderbereich der ABS entspricht. **Darüber hinaus prüft die ABS die Firma NICHT, und es handelt sich NICHT um eine Anlageempfehlung der Bank.**

Über Ausgabepreis, Agio, Laufzeit, Zinssätze usw. informieren sich Geldgeberinnen und -geber direkt bei den Anbietern.

Ihr Projekt auf dem Marktplatz. Möchten Sie Ihr Projekt auf dem Marktplatz vorstellen?

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf: www.abs.ch/moneta oder unter Telefon 062 206 16 16

Wir zwei suchen einen Ort mit der Möglichkeit, viel Gemüse anzupflanzen. Tausend Dank für jeden Hinweis und jede Idee. Leerstehende Gebäude für mehrere Wohnparteien oder Austausch mit anderen erwünscht.

Ronja und Claude ronjaja@gmx.ch, M 079 640 53 39

Gesucht MiteigentümerIn eines 2-Familien-Hauses in Gümligen (Gemeinde Muri b. Bern)

Ich suche MitkäuferIn. Bist du GartenliebhaberIn, wohnst und werkelst du gerne? Haus und Garten haben Sanierungsbedarf. Bin pensionierte Sozialarbeiterin. Tel. 043 497 90 46

TAUSCHEN

Exsila.ch - Tauschen statt kaufen #1 Tauschbörse für Bücher, Filme, CDs mit 150 000 Angeboten. www.exsila.ch

WEITERBILDUNGEN

«Männer in Saft und Kraft» Visionssuche/Schwitzhütte www.maenner-initiation.ch

Tango Argentino 50plus Workshop 27./28. Oktober M 079 470 61 49 www.tango50plus.ch

Kurse in Persönlichkeitsentwicklung hokairos.ch/geistiges-heilen

Konditionen für Kleininserate in der moneta

Mit 25 Franken für die ersten 56 Zeichen (inkl. Leerschläge) sind Sie dabei. Danach 5 Franken für 28 Zeichen. Maximal 280 Zeichen. **Die nächste moneta erscheint am 5. Dezember 2018.** Das Kleininserat senden Sie bitte bis spätestens **31. Oktober 2018** an moneta@abs.ch oder an: Alternative Bank Schweiz AG, moneta, Amthausquai 21, Postfach, 4601 Olten. Telefon 062 206 16 16. www.abs.ch/moneta.

Keine Vorzugsbehandlung für Banken

Das globale Finanzsystem soll sicherer werden. Dafür setzt sich die US-amerikanische Ökonomin Anat Admati ein und verlangt, dass der Finanzsektor wie jede andere Branche behandelt wird. Banken sollen genauso viel Eigenkapital vorweisen müssen wie andere Unternehmen, wenn sie einen Kredit beantragen.

Interview: Bärbel Bohr

moneta: Frau Admati, wie schätzen Sie die derzeitige Stabilität an den Finanzmärkten ein?

Anat Admati: Seit der Finanzkrise hat sich wenig verändert. Banken sind überschuldet und setzen damit Wirtschaft und Gesellschaft einem grossen Risiko aus. Banken sind privilegiert und geniessen unfaire Wettbewerbsvorteile. Sie können sich wesentlich stärker verschulden als andere Unternehmen. Sie können damit rechnen, dass sie im Notfall vom Staat gerettet werden. Das kommt einer Subventionierung gleich.

Wo sehen Sie die grössten Risiken am Finanzmarkt?

Ich sehe mehrere. An erster Stelle ist die Eurozone zu nennen, deren strukturelle Probleme nicht gelöst sind. Derzeit hält die Europäische Zentralbank dieses Konstrukt zusammen. Tatsache aber ist, dass viele europäische Banken «Zombie-Banken» sind. Sie sind hoch verschuldet und wären ohne implizite Staatsgarantie längst zahlungsunfähig. Der Derivatemarkt bleibt ebenfalls eine grosse Gefahr, da die komplizierten Verträge schwierig zu bewerten sind. Albträume bereitet mir auch das Thema Cybersecurity. Da geht es um Datenschutzverletzungen, aber auch um systemrelevante Hackerangriffe, die eine Krise auslösen könnten.

In Ihrem Buch, das Sie zusammen mit dem deutschen Ökonomen Martin Hellwig verfasst haben, schlagen Sie eine Eigenkapitalquote von mindestens zwanzig Prozent vor. Das ist viel mehr, als im Moment gesetzlich verlangt wird.*

Banken werden einwenden, dass Ihr Vorschlag die Kreditvergabe verteuert und die Wirtschaft schädigt.

Das ist das Perverse an der Situation. Das ist so, wie wenn wir die Chemie-Unternehmen subventionieren würden und sie weiter unsere Flüsse verschmutzten. Und wenn wir sie aufforderten, die Verschmutzung zu beseitigen, würden sie sich beschweren, dass dies Kosten verursache.

Die Schweiz hat vor einigen Monaten über die Vollgeld-Initiative abgestimmt. Wäre dies nicht eine Alternative zu wesentlich höheren Eigenkapitalquoten?

Die Idee, dass alle Bürgerinnen und Bürger bei der Zentralbank ein Konto führen können, finde ich gar nicht so schlecht. Im digitalen Zeitalter sollte dies auch technisch kein Problem sein. Insgesamt aber würde die Einführung von Vollgeld die systemischen Risiken nicht ganz wegnehmen. Gerade in einem Umfeld mit niedrigen Zinsen versuchen Investoren immer, höhere Renditen zu erwirtschaften. Das geht über Hedgefonds und andere hochspekulative Anlagen, die ausserhalb der Kontrolle eines nationalen Vollgeldsystems stehen würden.

Sie sind Professorin in Stanford und nah am Silicon Valley dran. Wie schätzen Sie den Einfluss der grossen Technologiekonzerne, wie Google, Amazon und Facebook, auf das Bankenumfeld ein?

Die interessieren sich nicht gross für Banking. Anders als die Banken, verfügen sie über immer mehr Kapital. Was Technologie angeht, sehe ich aber insgesamt schon neue

Impulse für den Bankenmarkt. Ich meine die Fintech-Unternehmen. Sinnvoll finde ich, wenn Überweisungen schneller und preiswerter abgewickelt werden. Man muss allerdings auch sehen, dass in diesem Segment oft nur neue Wörter für Altbekanntes erfunden werden, beispielsweise wenn von «Coins» die Rede ist, um damit vorzutäuschen, es seien Münzen einer neuen Währung. Dabei handelt es sich letztlich um eine Wertschrift, für die es längst Regeln gibt.

Oft scheint es darum zu gehen, Regulierung zu umgehen, weil sie gute Geschäfte verhindert.

Ja, Regulierung kommt oft schlecht weg, manches ist auch schiefgelaufen. Dabei brauchen wir Regeln. Wenn sie einfach und umfassend sind wie im Fall der Eigenkapitalquote, funktionieren sie auch. Da sollten wir uns von den Banken nichts vormachen lassen. Gute Regulierung hilft den Märkten, fair und effizient zu arbeiten.

* In der Schweiz wird ab 2019 von Banken eine Eigenkapitalquote von 4,5 Prozent für den Normalbetrieb verlangt. Diese einfache Form der Quote setzt das vorhandene Eigenkapital zur ungewichteten Bilanzsumme ins Verhältnis. Die ABS erreichte Ende 2017 eine Quote von 8,13 Prozent.

Foto: zvg



Anat Admati ist Finanzprofessorin an der Stanford Graduate School of Business und spezialisiert auf Kapitalmärkte und Unternehmensfinanzierungen. Sie ist zudem Mitglied des Systemic Resolution Advisory Committee der Einlagensicherungsbehörde der USA.

Anat Admati, Martin Hellwig: *Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schief läuft und was sich ändern muss.* München, 2013.

moneta

#3-2018

P.P. CH-4601 Olten Post CH AG

Von den Folgen der Krise in der Schweiz über ein fiktives Gerichtsverfahren bis zu Reformvorschlägen für ein nachhaltiges Finanzsystem.